



Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Heft 3
2. Auflage

Historische Kommission
Des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Historische Kommission
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg

Inhalt

Dr. Rüdiger Fikentscher

Vorwort 3

Dr. Rüdiger Fikentscher

Der Bericht von Herrmann Schwarz (1914-1998)
Über die SPD in Halle 1945/46 4

Norbert Bischoff

Evangelische und katholische Christen
Gemeinsam für die Sozialdemokratie 16

Dr. Wilhelm Polte

Mein Weg zur Sozialdemokratie 24

Tilman Tögel

Meine Erfahrungen auf dem Weg nach Europa 30

Dr. Andres Schmidt

„Zum 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung.
27. Januar 1946 – „Heerschau“ der halleschen
Sozialdemokratie im Volkspark „ 34

Helmut Hartmann

Friedrich Polling (1818 – 1886) – erster Arbeiterführer in Dessau 37

Landesparteitage und Landesvorstände ab 1990 43

Vorwort

Pünktlich zum Landesparteitag am 24. und 25. November 2006 in Stendal legt die Historische Kommission der SPD in Sachsen-Anhalt das dritte Heft der Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in unserem Bundesland vor.

Wieder hat eine Reihe von Genossen bereitwillig und authentisch aufgeschrieben, was wert ist, aus unserer reichhaltigen Geschichte festgehalten zu werden: von den Anfängen der Arbeiterbewegung in Dessau über persönliche Wege zur Sozialdemokratie bis hin zu unserem gemeinsamen Weg nach Europa. Es geht dabei um Entwicklungen, Bruchstellen und Einzelschicksale. Alles gehört dazu, wenn wir verstehen wollen, woher wir kommen und warum wir dort stehen, wo wie heute sind. Unter diesem großen Bogen hat vieles Platz und es bleibt zu hoffen, dass immer mehr Genossinnen und Genossen, aber auch Freunde der Sozialdemokratie sich daran beteiligen, die Einzigartigkeit unserer eigenen Herkunft und Arbeit, unserer Erfolge und Misserfolge aufzuschreiben. Vielleicht liefert dieses Heft dazu weitere Anregungen.

Die Historische Kommission ist unverdrossen darum bemüht, die zugehörigen Quellen zu erschließen, die vielfältigen Papiere und Unterlagen zusammenzutragen, um nicht untergehen zu lassen, was viele von uns geleistet haben und was geeignet sein wird, Zeugnisse von dieser besonderen Geschichte zu geben. Manches erscheint uns gegenwärtig noch sehr lebendig und deswegen nicht mitteilenswert, doch bereits aus der Zeit des Neuanfangs 1989/90 beginnt einiges zu verblassen. Wir versuchen, dass dies nicht so rasch geschieht. Gewiss gibt es in vielen Ortsvereinen Genossinnen und Genossen, die wir daraufhin ansprechen und dafür gewinnen können. Bitte helft uns dabei.

Mein Dank gilt neben den Autoren besonders Paul-Gerhard Stieger für die Erledigung der technisch-organisatorischen Arbeiten sowie dem SPD-Landesverband für die Übernahme der Herstellungskosten.

Dr. Rüdiger Fikentscher
Magdeburg, im November 2006

Dr. Rüdiger Fikentscher

Der Bericht von Herrmann Schwarz (1914-1998) über die SPD in Halle 1945/46

Als ich im Februar 1997 unser Ortsvereinsmitglied Hermann Schwarz zu Hause besuchte, ging es ihm nicht mehr gut. Zugleich war er voller Unruhe und verspürte noch immer das dringende Bedürfnis aus der Geschichte unserer Partei so viel wie möglich festzuhalten und zu überliefern. Er wollte berichten, schreiben, erzählen und hatte noch ein Jahr zuvor einen großen Plan dazu: Nämlich gemeinsam mit anderen älteren Genossen in der Universitätsbibliothek die halleschen Zeitungen nach dem Ersten Weltkrieg durchzusehen, um Kopien von all den Berichten anzufertigen, die es über die damalige SPD gegeben hat. Landesverband und Friedrich-Ebert-Stiftung bemühten sich zu helfen. Leider ist aus dem Vorhaben dann nichts geworden. Doch einen großen Bericht hatte er bereits fertiggestellt, und zwar über seine Erinnerungen an die Jahre 1945 und 1946, die im Folgenden geringfügig gekürzt und leicht überarbeitet wiedergegeben und damit erhalten bleiben sollen.

Doch zunächst kurz zu seiner Person, sofern dies nicht aus seinem eigenen nachfolgenden Text hervorgeht. Geboren wurde Hermann Schwarz am 27.10.1914 in Halle an der Saale. er besuchte dort die Realschule und absolvierte eine Lehre als Autoschlosser. Diesen Beruf übte er anschließend bei verschiedenen Firmen in Halle und Leipzig aus. Von 1935 bis 1945 diente er in der Wehrmacht und konnte nach kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft wieder in seinem Beruf arbeiten, und zwar als Autoschlosser bei der Reichsbahn.

1949 wechselte er zur Schweißtechnischen Versuchs- und Lehranstalt Halle (SLF), dem späteren berühmten Zentralinstitut für Schweißtechnik (ZIS). Er nahm dann ein Ingenieurfernstudium auf, nach dessen Beendigung er Abteilungsleiter wurde und den Kunststoffbereich des Instituts aufbaute, wo er bis zum Eintritt ins Rentenalter 1979 tätig war.

Fast zwei Jahrzehnte später, am 19.10.1998 starb Hermann Schwarz, nachdem er die letzte Zeit seines Lebens in einem Heim der Arbeiterwohlfahrt verbracht hatte. Dieser, seit Gründungszeiten in den zwanziger Jahren der Sozialdemokratie auf die engste verbundene Organisation stand er außerordentlich nahe und hat sich um ihren Wiederaufbau ab 1990 intensiv gekümmert. Seine Verdienste darum wurden durch die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt in Halle gewürdigt.

Aber auch der SPD ist er von Jugend an in gleicher Weise verbunden gewesen. Beide Elternteile waren Genossen. Er selbst war bis 1933 Mitglied der SPD-Jugendorganisation und schloss sich noch im Herbst 1989 unverzüglich wieder der Sozialdemokratie an, als einer der wenigen, wenn nicht der Einzige in unserem Umfeld, der aus der alten Zeit stammend beim Wiederaufbau unserer Partei helfen konnte und dies auch tatkräftig mit einen Vorschlägen und persönlichem Engagement getan hat. Er war ein alter Mann, dem man nicht nur zuhörte, sondern der auch noch so manches durchsetzen konnte. Doch hören wir ihn nun selbst als Zeugen aus einer Zeit, in der die Sozialdemokratie in Halle und Sachsen-Anhalt für mehr als vier Jahrzehnte untergegangen war:

„Die SPD in Halle/Saale 1945/46“

Am Kriegsende hatte ich großes Glück. Ich wurde nämlich schon nach 18 Tagen aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft im Raum Zwickau entlassen. Von dort bis zu meinem Elternhaus in Halle-Trotha brauchte ich drei Tage und drei Nächte und bin die

meiste Strecke gelaufen. Meine Mutter starrte mich fassungslos an, als ich in der Küchentür stand und noch Jahre danach sagte sie, ich hätte nur das Wort „Hunger“ herausgebracht. Was die Mutter noch an Essbarem hatte, brachte sie auf den Tisch und schaffte es tatsächlich, mich satt zu bekommen. Danach sagte sie mir, ich solle in den Garten gehen, der sich unmittelbar ans Haus anschließt. Dort sei der Vater mit einigen Männern dabei, den SPD-Ortsverein neu zu gründen. Als ich den Gartenweg entlang ging, vernahm ich einen heftigen Streit zwischen den Versammelten, der sofort abbrach, als sie mich sahen und erkannten. Ich musste natürlich ausführlich über mein „Woher“ berichten. Noch heute könnte ich die acht Anwesenden namentlich aufzählen, es lebt leider keiner mehr von ihnen. Der Jüngste war 45 Jahre alt, der Älteste Mitte sechzig. Mit meinen damaligen 30 Jahren gehörte ich schon zur Nachfolgeneration. Mit der Parteigründung war es aber nichts, denn die Amerikaner hatten Halle besetzt und untersagten das Bilden von Parteien und Gewerkschaften. Von den Kommunisten hatten die SPD-Genossen aber gehört, dass schon in der nächsten Zeit Halle von der Roten Armee besetzt würde und dann könnten Parteien sofort aktiv werden. Die im Garten versammelten SPD-Altgenossen verstanden sich deshalb auch nur als Vorbereitungskomitee. Der vorangegangene Streit ging schließlich darum, ob in Trotha ein Ortsverein der SPD wieder gegründet werden sollte. Eine Gruppe von ehemaligen Parteigenossen mit Paul Riemer, Paul Mangelsdorf, Henze, Paul Schmidt, Willi Bernhardt hatten sich das Ziel gesetzt, die Parteiorganisation für ganz Halle aufzubauen und hatten für den Norden der Stadt nur einen Ortsverein Halle-Nord vorgesehen. Trotha war überhaupt nicht berücksichtigt oder erwähnt. Der Buchdrucker Artur Schröder, meinte, dass so verfahren werden sollte, wie es diese Gruppe vorgesehen hatte. Er wohnte nämlich in Giebichenstein und hoffte, dass dadurch ein mitgliederstarker Ortsverein Halle-Nord entstehen könnte.

Natürlich waren die Anwesenden, die all in Trotha wohnten, mit dieser Regelung nicht einverstanden und beharrten auf einem Ortsverein Trotha, den es übrigens schon vor 1900 gab, zu einer Zeit, da Trotha noch nicht eingemeindet war und der bis zum Verbot 1933 bestand. Gustav Wacker, der Vorsitzende des Ortsvereines Trotha vor 1933, machte dann folgenden Vorschlag: „Wenn wir in Trotha weniger als 20 Mitglieder zusammenbringen, schließen wir uns Halle-Nord an, werden es mehr, wird der Ortsverein Trotha gegründet. Dabei war er sich absolut sicher, dass es mehr als 20 Mitglieder werden würden. Sein Vorschlag wurde angenommen und damit der Streit beendet.“

Die Voraussage der Kommunisten trat tatsächlich ein, denn am 1. und 2. Juli 1945 rückte die Rote Armee in Halle ein und die Amerikaner zogen ab. Später wurde von der SED-Presse des Öfteren berichtet, die Bevölkerung wäre der Truppe zur Begrüßung mit roten Fahnen entgegen gegangen. Ich selbst habe so etwas nicht gesehen und habe auch keinen Hallenser getroffen und gesprochen, der solch einen Vorgang bestätigen konnte. Der Gründung von Parteien und Gewerkschaften stand von jetzt ab nichts mehr im Wege.

Um über das Geschehen in Deutschland und der Welt etwas zu erfahren, blieb uns vorerst nur das Radio. Die Besatzungsmacht gab für das von ihr besetzte Gebiet – die Sowjetische Besatzungszone SBZ – eine Zeitung heraus, die „Tägliche Rundschau“. Darin waren Anordnungen und Befehle abgedruckt und das politische Geschehen wurde unter kommunistischem Blickfeld behandelt. So erfuhren wir aus dem Radio, dass ein gewisser Kurt Schumacher schon in den ersten Maitagen 1945 die SPD in der Nähe von Hannover wieder gegründet hatte, zu einer Zeit, da in einigen Landstrichen noch gekämpft wurde. Um Erlaubnis dafür hatte er die Engländer als Besatzungsmacht

in Niedersachsen überhaupt nicht gefragt. Schumacher sorgte auch dafür, dass der Exilvorstand der Partei aus London unter Erich Ollenhauer zurückkehrte. Diese Parteigründung war nur für die Westzonen gedacht, da Schumacher wie auch Ollenhauer der Überzeugung waren, dass in einem von Stalin beherrschten Gebiet keine sozialdemokratische Politik betrieben werden konnte.

Am 12. Juni 1945 gründete sich die KPD zuerst in Berlin (Pieck und Ulbricht) und kurze Zeit danach bildete sich in Berlin der SPD-Zentralausschuss (Grotewohl, Gniffke, Fechner, Kern). Beide Parteien fühlten sich für ganz Deutschland zuständig. Die anderen Parteien gründeten sich erst später, der ‚Gründungsaufwurf der CDU erfolgte am 25. Juni 1945 und der Gründungsaufwurf der LDPD am 5. Juli 1945. NDPD und Bauernpartei wurden erst Ende der 40er Jahre gegründet.

Die KPD in Halle hatte sich schon wenige Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee gegründet. Ihre wichtigsten Funktionäre waren damals Härtel, Behnke, Prättsch, Bernhard Koenen und dessen Frau Frieda, auch Martha Brautzsch gehörte dazu. In Trotha leitete Richard Heinrich den KPD-Ortsverein. Mein Vater und er waren gleichaltrig, beide hatten gemeinsam in Trotha die Schulbank gedrückt, beide im Kinder-Kirchenchor gesungen, beide wurden Metallarbeiter und ihr gemeinsamer Lehrmeister war mein Großvater. Verständlicherweise bestand zwischen beiden ein sehr gutes Vertrauensverhältnis und beide Familien verkehrten freundschaftlich.

Natürlich wurde die KPD tatkräftig von der Roten Armee unterstützt, beispielsweise mit Papier zum Drucken von Flugblättern. Auch Autos wurden der KPD zur Verfügung gestellt. Ein Großteil ihrer Funktionäre hatte während der Nazizeit in der SU gelebt und dort Parteischulen besucht. Sie beherrschten die russische Sprache und kannten die Gewohnheiten der russischen Soldaten. Auch ging unter der Bevölkerung das Gerücht um, dass die Funktionäre der KPD zusätzlich mit Lebensmitteln versorgt würden. Wichtig zu erwähnen ist die Tatsache, dass der 1933 nach Moskau emigrierte Vorstand der KPD dort noch vor Kriegsende ein Parteiprogramm von ihrem damaligen Chefideologen Anton Ackermann ausarbeiten ließ, das nach Kriegsende auch in der SBZ propagiert wurde und Gültigkeit hatte. Es war darin u.a. der besondere Weg der KPD beim Aufbau des neuen Deutschlands im Gegensatz zur KPdSU verankert, weiter wurde sogar eine parlamentarische Demokratie gefordert.

Diese Programme deuteten die SPD-Funktionäre als Grundlage für eine gute Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Deutschlands. Sie bemerkten dabei nicht, dass zum Beispiel Ulbricht und vor allem Stalin sich nicht an dieses Programm hielten. Noch Ende 1946 musste Ackermann selbst seinem Programm abschwören und erklären, dass er sich geirrt hatte.

Die KPD wurde bald als „Russenpartei“ bezeichnet, und da sich die Soldaten der Roten Armee der Bevölkerung gegenüber nicht gut benahmen, schlug dies auf die KPD zurück.

Vor den Parteigründungen wurden auf Veranlassung der Besatzungsmacht so genannte Antifa-Ausschüsse gebildet, der in Trotha aus zwei KPD-Mitgliedern, zwei Sozialdemokraten und einem Liberalen bestand. Die Arbeit dieser Ausschüsse wurde damals unterschiedlich bewertet. In Trotha hat er jedenfalls eine gute Arbeit geleistet. Das lag sicher auch an dem Kommandanten der in Trotha untergebrachten russischen Soldaten. Er war Hauptmann, sprach gut Deutsch und suchte stets den Rat des Ausschusses. Deshalb kam es in Trotha nur zu wenigen unbedeutenden Übergriffen seiner Soldaten. Der Ausschuss kümmerte sich vor allem um die Flüchtlinge und die

Familien, deren Väter noch in Kriegsgefangenschaft waren, als vermisst galten oder gefallen waren. Vereinzelt Übergriffe von deutschen Staatsbürgern auf Deutsche wurden rücksichtslos geahndet, es sollen dabei auch Backpfeifen ausgeteilt worden sein.

Die Gründung des SPD-Ortsvereines Trotha fand Mitte August 1945, acht Tage nach der von der KPD, statt. Die Bevölkerung erhielt von der Gründung durch „Buschfunk“ das heißt durch Mund-zu-Mund-Propaganda, Nachricht. Die Teilnehmerzahl war unerwartet groß. Der bestellte Gesellschaftsraum in der Gaststätte „Reichsadler“ reichte nicht aus, es wurde auf den Saal ausgewichen, der erst noch von Luftschutz-Gerätschaften geräumt werden musste. Tische und Stühle waren nicht vorhanden, die Teilnehmer standen. Ich selbst musste in einer Liste alle erfassen, die der SPD beitraten. Mitgliedsbücher gab es noch nicht. Ihren Beitritt hatten auch sechs ehemalige Mitglieder der NSDAP erklärt. Die Versammelten beschlossen, diese erst dann aufzunehmen, wenn jeder zwei Bürger nennen konnte, die keiner Nazi-Organisation angehört hatten und bezeugen konnten, dass die Antragsteller sich auch als Nazi-Mitglieder anständig benommen hatten. Diese Voraussetzungen konnten noch während der Versammlung erfüllt werden und so wurden auch diese ehemaligen Nazi-Mitglieder aufgenommen.

Problematisch wurde es aber bei den Flüchtlingen. Hier mussten wir uns ausschließlich auf deren Angaben verlassen und nur einer hatte uns, wie es später herauskam, falsche Angaben gemacht. Erwähnen möchte ich noch, dass drei Frauen zu mir kamen und ihre Männer anmeldeten, dabei befanden sich zwei Männer noch in Gefangenschaft und einer galt als vermisst. Ich hatte es auf der Zunge zu sagen, nun lasst eure Männer erst nach Hause kommen, ihr habt doch noch keine Gewissheit, dass dies auch geschehen wird. Im Augenblick unterließ ich dies aber, um den Frauen nicht die Hoffnung zu nehmen und trug ihre Männer in die Liste ein. Die Frau, welche sich zur Sprecherin der drei machte, bekam ihren Mann nicht zurück, die zwei anderen hatten das Glück.

Die Vorstandswahl ging schnell vonstatten. Der Vorschlag, dazu das Vorbereitungskomitee zu nehmen, kam aus der Mitte der Versammelten. Vorsitzender wurde Gustav Wacker. Da er gesundheitlich nicht auf der Höhe war, wurde ihm Fritz Gebühr zur Unterstützung beigegeben. Dahinter verbarg sich noch ein anderer Grund. Beide verfügten über einen Telefonanschluss. Nicht in ihren Wohnungen, aber auf ihren Arbeitsstellen. Weiter wurde beschlossen, Vertrauensleute zu benennen, die jeweils 10 bis 12 Mitglieder zu betreuen hatten. Insgesamt traten 120 Männer und Frauen in die Partei ein, einige Wochen später stieg die Mitgliederzahl auf 160.

Mitgliederversammlungen wurden alle 14 Tage vorgesehen, der Vorstand trat alle 8 Tage zusammen. Daran hatten sich ohne Stimmrecht auch die Vertrauensleute zu beteiligen. Deren Aufgabe war es, ihre Mitglieder von der Arbeit und den Beschlüssen des Vorstandes zu berichten. Sie hatten weiter die Aufgabe, die Mitgliedsbeiträge zu kassieren und dafür zu sorgen, dass möglichst alle Mitglieder an den Versammlungen teilnahmen. Diese Organisationsform hat sich ausgezeichnet bewährt. Wichtig war noch ein anderer Beschluss: Es sollte vermieden werden, dass viele Mitglieder die SPD-Geschäftsstelle am Waisenring aufsuchten. Diese Aufgabe wurde Felix Habicht übertragen. Nur er vertrat dort den Ortsverein Trotha und informierte den Throthaer Vorstand von den Geschehnissen in der Stadtleitung.

Der gewählte Vorsitzende wollte gerade die Versammlung schließen, als plötzlich einige Anwesende das alte Kampflied der SPD „Brüder zur Sonne zur Freiheit“

anstimmten und alle mitsangen. Als es dann hieß „Brüder in eins nun die Hände“ fassten sich alle an und den meisten wurden dabei die Augen feucht.

Anschließend gingen wir alle motiviert nach Hause. Gustav Wacker sagte zu mir: „Mit dieser Mitgliedschaft werden wir vieles auf die Beine stellen können.“ Ein anderes Vorstandsmitglied ließ sich die von mir geschriebene Liste geben, überflog aber nur die angegebenen Berufe und sagte dann: „Gott sei Dank“, wir sind wieder die Partei der Facharbeiter.“

Das politische Geschehen in Deutschland lief damals rasend schnell ab, es wurde maßgeblich von den Besatzungsmächten angeschoben und ein Ortsverein war zeitlich nicht in der Lage, dazu eine Stellungnahme zu erarbeiten, wenn er überhaupt dazu Stellung nehmen durfte. Hier bei uns in der SBZ standen vor allem die Reparationslieferungen an die SU und die im Herbst begonnene Bodenreform im Vordergrund der Diskussionen, daneben natürlich die Versorgung der Bevölkerung. Damit beschäftigten sich auch die Versammlungen des SPD-Ortsvereines, ohne jedoch Einfluss auf die Entscheidungen der Besatzungsmacht nehmen zu können. Hier ergaben sich schon wesentliche Unterschiede zwischen SPD und KPD in der Beurteilung politischer Entscheidungen der russischen Besatzungsmacht. Obwohl die SPD ebenfalls in der Bodenreform aktiv werden musste, waren die Genossinnen und Genossen nicht mit Begeisterung bei der Sache. Ebenfalls wurden die Reparaturlieferungen stark kritisiert, vor allem als bekannt wurde, dass wertvolle Maschinen und Anlagen in der SU von den Eisenbahnwaggons im freien Gelände abgeladen wurden und dort verrosteten.

Bis zum Herbst 1945 war von einer Vereinigung von SPD und KPD in einer SPD-Ortsvereinsversammlung in Trotha nie die Rede. Nur hin und wieder erzählten einzelne Mitglieder über das politische Geschehen auf ihrer Arbeitsstelle. So berichteten sie, dass in den Betrieben überall KPD-Betriebsgruppen entstanden und die KPD-Ortsvereine nach und nach aufgelöst würden. Die Kommunisten drängten ihre SPD-Kollegen, das Gleiche zu tun und SPD-Betriebsgruppen zu bilden. Das geschah auch in einigen Betrieben. Die KPD forderte eine enge Zusammenarbeit der SPD- und KPD-Betriebsgruppen und verfehlte nicht ihr Ziel, SPD und KPD müssten in einer Partei zusammengefasst werden. Im SPD-Ortsverein Trotha wurde über diese Problematik nur am Rande gesprochen, denn eine Vereinigung beider Parteien wurde als unrealistisch oder Spinnerei abgetan. Im Gegensatz dazu beschäftigte sich die KPD ausführlich mit dieser Thematik und nahm es mit der Wahrheit auch nicht so genau. So teilten uns Genossen mit, dass in ihrem Betrieb, im Gegensatz zur Behauptung der KPD, überhaupt keine SPD-Betriebsgruppe bestand und die genannten SPD-Genossen ihnen unbekannt waren. Schon damals begann also in der täglichen KPD-Politik das Lügen Einzug zu halten, getreu der Devise: „Versuch die Menschen zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer.“ Übrigens leistete die SPD von jeher Widerstand gegen das Verlagern der Politik in die Betriebe und sogar auf dem letzten Parteitag der SPD in Berlin, einen Tag vor der Vereinigung der beiden Parteien, war dies ein wichtiger Tagesordnungspunkt und auch hier änderten die meisten SPD-Delegierten nicht ihre Meinung.

Am 17.08.1945 sprach Wilhelm Pieck in Halle. Ich selbst nahm an dieser KPD-Veranstaltung nicht teil, aber mein Vater war dort und berichtete uns, dass Pieck das Programm von Ackermann ausführlich behandelt hätte und ein einheitliches Handeln der beiden Arbeiterparteien beim Aufbau Deutschlands forderte. Von einer Einheitspartei hatte er nichts gesagt. Auch gab Pieck zu, dass das Verhalten der KPD vor

1933 gegenüber der SPD falsch war. Eine Einheitsfront hätte es geben müssen, dann wäre Hitler nie an die Macht gelangt. Auf das Programm von Ackermann bezogen, sagte uns mein Vater: „Hoffentlich meint er es ehrlich.“ Ende des gleichen Monats rief die halleische SPD zu einer Versammlung im Volkspark auf, als Redner kam Otto Grotewohl. Im Vergleich zu Pieck und Ulbricht war Grotewohl ein sehr guter Redner und mit einer Fülle brillanter Formulierungen begeisterte er seine Zuhörer mit seinem Referat „Wo stehen wir? – Wohin gehen wir?“ Dabei prägte er einen Satz, den wir als SPD-Mitglieder bei Diskussionen mit politischen Gegnern später oft gebrauchten: „Die SPD ist das soziale Gewissen des Volkes.“ Auch er ging auf das Programm Ackermanns ein und berichtete von Besprechungen mit der KPD-Führung auf der Grundlage dieses Programmes. Von einer Einheitspartei fiel kein Wort.

Ich selbst hielt von den Redereien der Kommunisten vor allem in den Betrieben wegen einer Einheitspartei nicht viel. Dann kamen jedoch im Herbst 1945 die freien Wahlen zum Bundesparlament in Österreich. Von da an wurde ich hellhörig. Obwohl die Hälfte dieses Landes von SU-Truppen besetzt war und Kommunisten als Bürgermeister und für andere hohe Verwaltungspositionen in dieser Landeshälfte eingesetzt waren, war die Wahl für die Kommunisten wie auch für die russische Besatzungsmacht eine Katastrophe. Die KPÖ erhielt nur 3 oder 4 Mandate, die SPÖ und die Volkspartei kamen auf jeweils 76 Mandate. Im Ortsverein Trotha wurde dieser Vorgang als Sieg gefeiert, nur ich goss etwas Wasser in den Wein als ich erklärte, dass Stalin nie wieder freie Wahlen in Österreich zulassen werde, auch nicht in Deutschland, denn ich war davon überzeugt, hier würde das Ergebnis ähnlich liegen. Bestätigt wurde ich von jetzt ab auch dadurch, dass die Besatzungsmacht und die Kommunisten ihre Aktivitäten immer mehr in die Betriebe verlagerten und dort offen das Ziel ihrer Bestrebungen kundtaten, nämlich die Vereinigung beider Arbeiterparteien. Nach ihren Vorstellungen musste dieser Vorgang schnell ablaufen, da der KPD von der Bevölkerung keine oder nur geringe Sympathien entgegengebracht wurden und sich dies täglich verschlechterte. Schon lange hatte die SPD die Zahl der KPD-Mitglieder auch in Halle bei weitem überflügelt.

Viel Aufregung in der Partei, aber auch in der Bevölkerung verursachte ein anderer Vorgang. Es mussten wichtige Posten in der Verwaltung, im Schulwesen, in den Betrieben usw. mit Antifaschisten besetzt werden. Solche Posten waren bisher von Nazis besetzt, die entweder abgelöst oder aus der SBZ gen Westen geflohen waren. Dabei wurde deutlich, nach welchen Prinzipien die Besatzungsmacht und ihre Helfer vorgehen. Es kam ihnen ausschließlich darauf an, dass an den Schalthebeln der Macht Kommunisten saßen, und zwar besonders bei der Polizei und dort, wo Personalentscheidungen getroffen werden mussten. Für andere Positionen wurden Mitglieder aller antifaschistischen Parteien herangezogen. Das galt besonders auch für die Sachgebiete, die im Blickpunkt der Bevölkerung standen und wo leicht die Schuld beim Nichterreichen der Planziele auf andere geschoben werden konnte, z. B. bei Handel und Versorgung. Allgemein bekannt war, dass die SPD über gute Kommunalpolitiker und sonstige erfahrene Verwaltungsspezialisten verfügte und deshalb wurden viele Parteimitglieder mit hohen Funktionen in Kommunen, im Lande und in Betrieben betraut. Die Mitglieder waren meist führende Parteifunktionäre und nach Übernahme ihrer neuen Funktion völlig mit der Bewältigung von öffentlichen Alltagsnöten befasst und kaum in der Lage, gründliche Überlegungen über die Politik der Partei anzustellen. Es trat dadurch praktisch eine Schwächung der Partei ein.

Schon Anfang 1946 wurde von der Notwendigkeit der politischen Weiterbildung der Parteimitglieder gesprochen, wobei es für die Kommunisten klar war, dass dort

Teilnehmer beider Parteien geschult werden sollten. Für diese Schule war Wettin vorgesehen. Es sollten dazu SPD und KPD-Dozenten benannt werden nur fand sich in der SPD niemand, der freiwillig solch einen Posten übernehmen wollte, vor allem als bekannt wurde, dass der Kommunist Einicke Schulleiter werden und Frieda Koenen als Dozentin mitwirken sollte. Schon am 21.3.1946 nahm die Schule in Wettin ihre Arbeit auf. Nach langem Drängen fand sich ein Sozialdemokrat, Werner Köhler, bereit, an dieser Schule zu arbeiten. Lange hat er diese Funktion nicht ausgeübt, die Schule wurde zur kommunistischen Kadenschmiede

Als Studienunterlage diente anfangs die deutsche Übersetzung des Buches „Kleine Geschichte der KPdSU (B)“, das sofort nach Stalins Tod eingestampft werden musste.

In einer Vorstandssitzung des Ortsvereins Trotha wurde lange darüber gerätselt, welche Themen auf der nächsten Mitgliederversammlung besprochen werden sollten. Das war gar nicht so einfach, denn an freie Wahlen war nicht zu denken und Anordnungen der Besatzungsmacht sollten nicht behandelt und kritisiert werden. So wurde festgelegt, dass die Mitglieder näher mit sozialdemokratischem Gedankengut vertraut gemacht werden sollten. Lehrkräfte dazu hätte man im Ortsverein selbst, man war also auf keine auswärtigen Referenten angewiesen. Als dieser Vorschlag anlässlich einer Mitgliederversammlung vorgetragen wurde, fand er die Zustimmung der Mitglieder, gleichzeitig wurde aber bemängelt, dass sich die Partei nur unzulänglich um die Mitglieder kümmere, die als Flüchtlinge gekommen waren. Das bezog sich besonders auf die Wohnverhältnisse und die Ausstattung der Unterkunft, obwohl die Vorwürfe nicht ganz zutrafen. Denn alle Mitglieder in Trotha hatten bisher auch schon viel getan, um die Flüchtlinge mit dem Notwendigsten zu versorgen. Trotzdem wurde beschlossen, etwas zu unternehmen. Meine Mutter, als frühere Funktionärin der Arbeiterwohlfahrt wurde beauftragt, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und ich sollte sie dabei unterstützen. Meine Mutter war eine sehr praktisch veranlagte Frau und verstand es zu organisieren. Schon auf dem Weg vom Versammlungslokal zur Wohnung entschied sie. „Du kümmerst dich um die großen Sachen und ich werde mich um das Kleinzeug kümmern.“ Das sollte heißen, ich musste Tische, Stühle, Betten, Schränke usw. beschaffen und sie wollte sich um Essbestecke, Teller, Töpfe usw. kümmern.

Am nächsten Morgen, an einem Sonntag, sprach ich bei Verwandten und Bekannten vor und forderte sie auf, überzählige Wohnungsausstattungen und Haushaltsgeräte bei uns abzugeben. Das Ergebnis war überwältigend, unsere Hoffläche war schon zur Mittagszeit mit Möbeln vollgestellt. Allerdings waren an vielen noch kleine Reparaturen auszuführen und mir wurde klar, dass ich jetzt Genossen brauchte, die handwerklich in der Lage und auch gewillt waren, sich zu beteiligen. Noch am gleichen Tage hatte ich eine „Handwerkerbrigade“ zusammengestellt, die auch gleich an die Arbeit ging. Dem Vorstand des Ortsvereins fiel die Aufgabe zu, Flüchtlingen, die in unzulänglichen Räumen untergebracht waren, eine bessere Unterkunft zu beschaffen. Alle Aktivitäten liefen problemlos ab und wurden mit großer Begeisterung durchgeführt. In Trotha musste kein „SPD-Flüchtling“ im kalten Winter 1945/46 frieren, und unsere Hilfe wurde auch auf Nichtparteimitglieder ausgedehnt, vor allem auf Familien, deren Männer und Väter noch in Gefangenschaft waren. Alle Mitglieder des Ortsvereins waren in diese Arbeiten eingeschlossen. Die Partei gewann bei der Bevölkerung viel an Sympathie. Großes Aufsehen verursachte die Herstellung eines Sarges für die verstorbene Schwiegermutter eines SPD-Flüchtlings aus Ostpreußen, den wir aus einem Kleiderschrank und dem Unterteil eines Küchenschrankes herstellten. Zuschauer hatten wir bei den Arbeiten genug. Vor allem waren es russische Soldaten,

die in Trotha in Quartier lagen, fassungslos dem Geschehen beiwohnten und wenn es notwendig war, auch mal zfassten. Bis Weihnachten 1945 war der Hauptteil der Arbeit geschafft.

Durch diese Hilfsaktion des Ortsvereins wurden verständlicherweise viele politische Abläufe nicht nur oberflächlich beachtet und behandelt. Wir waren selbst überrascht, als die SPD-Stadtleitung die Mitglieder von ganz Halle Anfang September 1945 zu einer Vollversammlung in den Volkspark einlud. Dort sollte über die zukünftige Zusammenarbeit der antifaschistischen Parteien diskutiert werden. Im Volkspark war es sehr kalt, da die zugesagte Kohlelieferung nicht eingetroffen war. Viele sowjetische Offiziere waren anwesend und betrachteten interessiert das Geschehen. Von den anderen Parteien war bis auf einzelne Kommunisten nichts zu sehen. Paul Riemer eröffnete die Versammlung, wies auf das kalte Versammlungslokal hin und meinte, die Versammlung sollte deshalb schnell ablaufen. Er erteilte dann ohne große Vorrede Bruno Böttge das Wort. Ich kannte den Mann nicht und fragte deshalb meinen Nachbarn, wer Böttge sei und welche Funktion er in der Partei ausübe. Nach seinen Worten stamme Böttge aus Oberröblingen und sei zum Vorsitzenden der Partei im Bezirk Halle berufen. Das Wort „berufen“ hörte ich damals das erste Mal, und wer eine solche Berufung ausgesprochen hatte, wusste mein Nachbar nicht zu sagen. Böttge ging in seiner Rede ausschließlich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit der KPD ein, andere Parteien erwähnte er überhaupt nicht und forderte, wir sollten der Bildung einer Einheitspartei mit den Kommunisten zustimmen. Obwohl es viele Zwischenrufe gab, konnte Böttge seine Rede ohne Unterbrechung zu Ende bringen. Als nächstem Redner wurde Prof. Barnikol, bis 1933 der Vorsitzende der religiösen Sozialisten in Halle, das Wort erteilt. Als Universitätsdekan konnte er die Zuhörer leicht in seinen Bann ziehen, und im Saal wurde es still. Er lehnte eine Einheitspartei strikt ab, da er voraussah, dass die sehr unterschiedlichen Grundsätze beider Parteien bald wieder zu einer Spaltung führen mussten.

Weiter sagte er, dass Parteimitglieder, die nicht über den Marxismus zur SPD gestoßen seien, sondern über die Bergpredigt, solch eine Einheitspartei aus Gewissensgründen ablehnen müssten. Die Ausführungen von Barnikol wurden mit Beifall bedacht. Dann ließ sich Reinhold Schönlank von seinen beiden Töchtern ans Rednerpult führen. Reinhold war blind und galt vor 1933 als Chefideologe der SPD in Halle und sein Wort hatte Gewicht. Er stellte sich hinter Banikol und lehnte eine Einheitspartei ab. Dann sprach noch ein Genosse, der viele Jahre im KZ gesessen hatte und von der guten Kameradschaft zwischen SPD- und KPD-Häftlingen berichtete. Er forderte, dass diese gute kameradschaftliche Zusammenarbeit im KZ jetzt ihre Fortsetzung finden sollte. Er verlor aber kein Wort über eine Einheitspartei.

Der Versammlungsleiter fasste dann das Vorgetragene kurz zusammen und stellte fest, dass die Mitglieder der halleschen SPD der Bildung einer Einheitspartei nicht zustimmen könnten, aber eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der KPD und den anderen antifaschistischen Parteien beim Wiederaufbau Deutschlands für dringend notwendig hielten. Er schlug vor, dass jeder Ortsverein an die Stadtleitung zwei Mitglieder benennen sollte, die gemeinsam mit KPD-Mitgliedern besprechen und festlegen sollten, wie die Zusammenarbeit praktisch aussehen und wie vorgegangen werden sollte.

Durch Handheben stimmten die Anwesenden dem Vorschlag zu. Er schloss die Versammlung mit einem nochmaligen Hinweis auf die Kälte im Saal.

Am Saalausgang sprach mich ein mir bekannter Genosse an und fragte, ob ich für die kommende Nacht einem auswärtigen Genossen eine Schlafstatt gegen könnte. Dieser müsste allerdings den Frühzug 5.45 Uhr nach Halberstadt benutzen und darf keinesfalls in Halle einsteigen, sondern nur in Trotha. Ich sagte zu und versprach, entsprechend zu handeln. Der hallesche Genosse wollte mir den Mann bis spätestens 20.00 Uhr persönlich bringen. Es war schon Mitternacht als beide endlich kamen. Der Fremde nannte mir seinen Vornamen, war aber sonst sehr wortkarg. Ich merkte aber, dass er beim Sprechen über einen spitzen Stein stolperte und folgerte daraus, dass er aus der Gegend von Hannover stammen musste. Wie üblich hatte der Zug Verspätung und war überbesetzt. Viele Menschen standen auf den Trittbrettern und einige hatten es sich auf den Wagendächern „bequem“ gemacht. Der mir bekannte Bahnhofsvorsteher von Trotha sorgte aber dafür, dass der Genosse einen Sitzplatz im Dienstabteil bekam. Darüber war er so erfreut, dass er plötzlich redselig wurde und mir sagte, er sehe für uns und die Partei schlimme Zeiten kommen und wir sollten jetzt die Partei auflösen. Dem widersprach ich und hielt diesen Vorschlag für verrückt. Darüber wurden wir uns bis zur Abfahrt des Zuges nicht einig. Danach habe ich nie wieder etwas von diesem Mann gehört, auch ist mir sein Name und sein woher unbekannt geblieben.

Auf den folgenden Mitgliederversammlungen wurden immer wieder von den Mitgliedern Befürchtungen ausgesprochen, dass die KPD uns schlucken wolle. Felix Habicht berichtete in Vorstandsbesprechungen davon, dass die Befugnisse des Stadtvorstandes immer mehr eingeschränkt würden, der Druck der Besatzungsmacht wachse an. Bis auf wenige hatten alle unsere Flüchtlinge Verbindungen zu ihren Angehörigen in den Westzonen aufnehmen können und verließen Trotha nach und nach. Auch viele junge hallesche Genossen entschlossen sich, den gleichen Weg zu gehen.

Auf Beschluss der Vollversammlung hatte auch der Ortsverein Trotha zwei Mitglieder benannt, die an den Besprechungen mit der KPD teilnehmen sollten, aber bisher nie dazu aufgefordert wurden, obwohl die KPD laufend von diesen Besprechungen berichtete. Hierbei wurde des Öfteren der Name Richard Krüger als Vertreter der SPD genannt. Es war bis 1933 sozialdemokratischer Polizeipräsident in Weißenfels. Während der Nazizeit saß er im KZ und war Gustav Wacker und meinem Vater gut bekannt. Unsere Aufforderung, im Ortsverein Trotha über diese Besprechungen zu berichten, kam er im Januar 1946 nach. Richard war ein charakterfester und ehrlicher Mensch und sagte uns gleich anfangs, er müsste nur als Aushängeschild für die SPD an den Besprechungen teilnehmen, sonst führte für die SPD ein gewisser Kamerrahl das Wort. Bei der Nennung dieses Namens wurde es in der Versammlung unruhig, denn Kamerrahl wohnte in Trotha, hatte aber nie den Weg zu uns gefunden. Ich habe diesen Mann nicht kennen gelernt, hörte nur von anderen Genossen, dass er aus Hamburg stamme, keinen guten Leumund besitze und ewig Durst hätte. Er war es auch, der später den Vertrag über die Einheitspartei für Halle mit dem Kommunisten Härtel unterschrieb.

Richard Krüger war der Ansicht, dass das deutsche Volk bisher überhaupt nicht begriffen hätte, dass Deutschland den Krieg verloren hatte und seine Wehrmacht bedingungslos kapitulierte. Natürlich nähmen alle Besatzungsmächte das Recht für sich in Anspruch, die von ihnen besetzten Gebiete nach ihren Vorstellungen zu verwalten. Dieses Recht müsse man auch den Russen zugestehen. Nur werde es in diesem Fall immer deutlicher, dass sie bezwecken, uns ein Regime aufzudrücken, das die Mehrheit der Bevölkerung nicht wolle. Die Nichtteilnahme der von uns benannten Mitglieder an den Besprechungen erklärte er damit, dass die Russen gefordert hätten,

nur fünf Personen je Partei in dieses Gremium aufzunehmen und diese wurden dazu „berufen“. Auch Richard Krüger befürwortete damals nicht die Auflösung der SPD und war der Überzeugung, dass diejenigen, die das bewerkstelligen wollen, schnell hinter Schloss und Riegel kämen und nie wieder auftauchen würden. Andererseits lehnte auch er die Einheitspartei ab. Es wurde bald in ganz Halle bekannt, dass Richard Krüger in Trotha offene Worte über die missliche Lage der SPD gesprochen hatte. Danach wurde es um seine Person immer ruhiger. Es ist zu vermuten, dass dieser schon weit über siebzig alte Genosse, der noch dazu sehr krank aus dem KZ kam, die Vereinigung von SPD und KPD überhaupt nicht mehr erlebte. Mir wurde klar, dass die Einheitspartei kommen würde und die Meinung von vielen, der auch meine Eltern anhingen, dass die SPD die meisten Mitglieder einbringen und deshalb die Politik dieser künftigen Partei bestimmen würde, teilte ich nicht.

Der Besatzungsmacht war es ein Leichtes festzustellen, wo der Widerstand gegen eine Vereinigung von SPD und KPD besonders groß war. Dazu zählte der Ortsverein Trotha. Die Folge war, dass Fritz Gebühr, der nach und nach den Vorsitz von Gustav Wacker wegen dessen Krankheit übernommen hatte, abgeholt wurde und auf Nimmerwiedersehen verschwand. Seine Familie und auch wir haben nie etwas über sein Schicksal erfahren. Acht Tage später war mein Vater und wieder eine Woche später Franz Clemens an der Reihe. Da die drei Männer in Trotha gut bekannt waren, wirkte diese Inhaftierung für die Partei und die Bevölkerung wie ein Schock. Auch der Kommunist Richard Heinrich kam zu uns konnte das alles nicht verstehen. Er lief zu den wichtigsten Funktionären seiner Partei und verlangte, dass sie sich für die Freilassung der drei einsetzen sollten. Gebrochen kam er danach zu uns zurück und berichtete von seinen vergeblichen Versuchen. Mir fielen damals die Worte eines mir Unbekannten ein: „Es gibt wohl Zeiten, die der Irrsinn lenkt, dann sind's die besten Köpfe, die man hängt.“

In dieser Zeit ging uns ein Brief aus Frankfurt/Main zu, indem sich ein Zeitungsausschnitt mit einer langen Liste von SPD-Inhaftierten aus Halle und Umgebung befand, auch unsere drei Genossen waren aufgeführt. Deutlich war, dass der Absender fingiert war.

Überraschend für uns kamen mein Vater und Franz Clemens jeweils nach drei Wochen Haft im Roten Ochsen kahlgeschoren wieder nach Hause. Von ihrer Haftzeit erzählten sie auch ihren engsten Familienangehörigen kaum etwas, nur als ich meinte, wir sollten aus der Partei austreten, um nicht in die SED übernommen zu werden, widersprach mein Vater. Er müsse wie meine Mutter in der Partei bleiben, sonst würde er wieder abgeholt werden. Dazu hätte er im Roten Ochsen ein entsprechendes Schriftstück unterschreiben müssen, auch Franz Clemens tat das Gleiche.

Dem Vater muss die Unterschrift sehr schwergefallen sein. Er leistete sie nur im Interesse der Familie, wie er sagte, denn man hätte entsprechende Drohungen ausgesprochen. Mit der Mitgliedschaft in der SED ließ er es aber auch bewenden, nie hat er in dieser Partei eine Funktion übernommen. Er war und blieb Sozialdemokrat. Noch im hohen Alter von 93 Jahren sagte er oft, dass er seinen Einsatz für die SPD nie bereut hätte und gern formuliere er, was Kurt Schumacher in einer seiner Reden sagte: „Wir sprechen die SPD nicht heilig, aber das beste und sauberste Stück deutscher Geschichte ist trotz aller Fehler und Versehen die SPD“.

Das Referat von Richard Krüger und die Verhaftung meines Vaters waren für mich ein Zeichen, dass die Besatzungsmacht mit der KPD rücksichtslos auch die schlimmsten

Mittel einsetzen werden, um die Einheitspartei bald zu erreichen. Alle Gegner der Einheitspartei wurden von wichtigen Parteifunktionen entfernt und durch „berufene“ Ja-Sager ersetzt. Viele SPD-Mitglieder verließen die SBZ, da sie berechtigterweise annehmen mussten, dass ihre Verhaftung erfolgen würde, wenn sie sich auch weiterhin einer Vereinigung widersetzen würden. Schon Ende 1945 zählte die SPD in der SBZ über 60 000 Mitglieder, aber ich zweifelte daran, dass die SPD-Mitglieder als stärkste Kraft in der Einheitspartei ihre Politik durchsetzen könnten, insbesondere dann, als die Mitglieder vom Zentralausschuss der Partei forderten, die Mitglieder entscheiden zu lassen, ob der Vereinigung zugestimmt werden sollte und diese Befragung oder Abstimmung von der Besatzungsmacht rigoros verboten wurde. Nur in Westberlin kam es zur Abstimmung. Dort lehnten 82 % der Mitgliedschaft die Vereinigung ab.

Trotzdem konnte ich damals die Befürworter der Einheitspartei nicht so ohne weiteres verdammen. Die größte Zahl dieser SPD-Genossen war der ehrlichen Meinung, dass nur die Spaltung der Arbeiterklasse es ermöglicht hatte, dass Hitler sein schlimmes Regieren beginnen konnte. Diese Spaltung müsse überwunden werden, damit sich Ähnliches nicht wiederholen kann. Weiter argumentierten sie, dass eine einzelne Partei allein den Neuaufbau nicht schaffen kann, sondern alle Antifaschisten mitwirken müssen. Aber an der Spitze muss die vereinigte Arbeiterklasse stehen. Obwohl der SPD-Zentralausschuss erkannte, dass die große Mehrzahl der Mitglieder diese Vereinigung ablehnte und er sich sogar eine kurze Zeit lang gegen diese Vereinigung sträubte, gab er unter dem Druck der Besatzungsmacht sein Sträuben auf und wirkte an der Gründung der SED mit. Sie erfolgte dann am 23. April 1946. Das Mitglied des Zentralausschusses Gniffke floh kurz danach in den Westen, ebenfalls der Vorsitzende der halleschen SPD Paul Riemer, später folgte auch Paul Mangelsdorf. Für den Bezirk Halle wurde am 7. April 1946 der Einigungsvertrag von Bruno Böttge, SPD, und Bernhard Koenen, KPD, unterzeichnet. Böttge und Kammerrahl waren auch die halleschen Delegierten auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin.

Auch in den anderen antifaschistischen Parteien CDU und LDPD wurden in dieser Zeit die führenden Funktionäre entfernt und durch Willfährige der Besatzungsmacht ersetzt.

Zum Schluss habe ich nur noch kurz zu berichten, wie es mir selbst erging. Ich gehörte der SPD nur als einfaches Mitglied an und hatte nur wenig Verbindung zu anderen Ortsvereinen, der Stadtleitung oder zu noch höheren Parteiinstanzen. Sicher gehörte ich zu denen, die das kommende Drama schon eher voraussahen, als die Masse der SPD-Mitglieder. Ich neigte auch dazu, die SBZ zu verlassen. Nur wichtiger familiäre Gründe hielten mich davon ab. Fest stand für mich, dass ich keinesfalls der SED angehören wollte, nur wusste ich nicht, wie ich das bewerkstelligen konnte. Da kam mir plötzlich ein Zufall zu Hilfe.

Der Ortsverein Trotha hatte an die Stadtleitung eine Liste seiner Mitglieder einzureichen, auf deren Grundlage noch vor der Vereinigung die SED Mitgliedsbücher ausgestellt werden sollten. Der Übergang von der SPD zur SED-Mitgliedschaft erfolgte also ohne Befragung des Einzelnen. Als Grundlage für die geforderte Liste diente meine Liste, die ich auf der Gründungsversammlung geschrieben hatte. Wohl erfuhr sie im Laufe der Zeit einige Änderungen und Zusätze, trotzdem enthielt sie nicht alle für ein Mitgliedsbuch erforderlichen Personaldaten. Die neu geschriebene Liste wurde deshalb von der Stadtleitung mit der Bitte um Ergänzung der fehlenden Daten zurückgeschickt. Diese Arbeit wollte Gustav Wacker erledigen. Er sammelte auf der folgenden Versammlung die Mitgliedsbücher ein und wollte während der Versammlung daraus

die fehlenden Personaldaten in seine Liste übertragen. Aus Zeitmangel schaffte er diese Arbeit nicht vollständig und musste deshalb einen Teil der Bücher mit nach Hause nehmen, um dort die Arbeit zu beenden. Darunter waren auch meins und die meiner Eltern. Der Termin für die Abgabe der Liste war schon lange überschritten. Die Stadtleitung schickte deshalb einen Mitarbeiter zu Gustav, um an Ort und Stelle die Gründe für die noch nicht vollzogene Abgabe der Liste zu erfragen. Da Gustav krank im Bett lag, erklärte sich der Mann bereit, die Arbeit zu erledigen. Er nahm alle Unterlagen samt den vorhandenen Mitgliedsbüchern mit zur Geschäftsstelle. Das alles berichtete mir Frau Wacker, die ich zufällig traf. Jetzt sah ich die Möglichkeit, mich aus der Liste streichen zu lassen und ging zur Stadtleitung. Dort traf ich nur ein mir unbekanntes junges Mädchen, das dabei war, unsere Liste mit Schreibmaschine zu schreiben. Sie hatte gerade diese Arbeit unterbrochen, da sie zweimal den Namen Hermann Schwarz schreiben sollte und glaubte, dass hier ein Irrtum vorläge. Ich konnte sie aufklären, dass dies schon seine Richtigkeit hätte, denn ich hatte auch wie mein Vater den Vornamen Hermann.

Ohne Umschweife sagte ich ihr dann den wirklichen Grund meines Kommens, worauf sie erwiderte, dass ich nicht der erste und sicher nicht der letzte sei, der aus der Partei austreten wolle. So einfach sei das aber nicht, denn ich stände ja in der Liste und die könne nicht geändert werden. Dann suchte sie aber wortlos mein Parteibuch heraus, zerriss es und warf die Reste ins Altpapier.

Dann sah ich, dass sie einen zweiten Hermann Schwarz nicht mehr in die Liste aufnahm und fragte mich nur noch, ob ich jetzt zufrieden wäre. Natürlich bejahte ich ihre Frage, bedankte mich kurz und verließ die Geschäftsstelle. Nur wenige Tage später hörte ich, dass auch das junge Mädchen in den Westen geflohen war.

Meine Eltern erhielten ihre SPD-Mitgliedsbücher nicht zurück, sondern die neuen SED-Bücher. Darüber waren sie sehr erbost, denn ihre alten Bücher waren mit einem Aufkleber versehen gewesen auf dem stand: „1933-45 Der SPD die Treue gehalten“ und darauf waren die alten Leute stolz. Ich hatte es aber geschafft, nicht in die SED aufgenommen zu werden und alle, die mich kannten, rätselten darüber, wie das wohl zu Stande gekommen sei. Ich schwieg dazu und ließ mich auf keine Erklärung ein.

Evangelische und katholische Christen gemeinsam für die Sozialdemokratie **„Christen in der SPD“ in Sachsen-Anhalt**

1. Erfahrungen aus der DDR-Zeit

Ob eine Initiative Erfolg versprechend ist und auf Dauer Bestand hat, hängt im Wesentlichen vom Engagement der Gründungsmitglieder ab. So gesehen war die Gründung eines Fachausschusses „Christen in der SPD“ in Sachsen-Anhalt im Jahr 1955 richtig. Die Idee, einen solchen Zusammenschluss zu organisieren, gab es in der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalts seit der Wende. Zwar war bekannt, dass es beim Bundesvorstand der SPD ein Referat Kirchenfragen gab, jeweils für Katholiken und Protestanten getrennt, aber ob die Kraft für eine Verbindung auf Landesebene ausreichen würde, war strittig.

Der Wunsch nach einem Erfahrungsaustausch von Christinnen und Christen in der SPD wurzelte in den jeweiligen Erfahrungen mit der eigenen Kirche in der DDR. Waren doch sehr viele Gründungsmitglieder der SPD vor der Wende kirchlich engagierte Frauen und Männer, die bereits demokratische Spielregeln in den kirchlichen Strukturen sammeln konnten und für die endlich der Weg für echtes gesellschaftliches Engagement frei wurde. Besonders die in der DDR anders als in Westdeutschland durchgeführten „Ökumenischen Versammlungen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ 1988/89 in Magdeburg und Dresden hatten zu einem vertieften gesellschaftlichen Aufbruch beigetragen.

Auch die weit verbreitete Ansicht, die SPD im Osten sei eine „Pfarrerpartei“, stimmte von Anfang an nicht. Wahrscheinlich wurde der Eindruck dadurch vermittelt, dass bei der Gründung der SPD im Herbst 1989 mehrere evangelische Pfarrer beteiligt waren (Meckel, Schorlemmer, Krüger). Die übergroße Mehrheit der Mitglieder kam jedoch aus allen Bevölkerungsschichten mit unterschiedlichen Berufen und Weltanschauungen. Der Anteil von Christen in der SPD in Sachsen-Anhalt (wie in den anderen neuen Bundesländern) war gemessen an der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert. Verständlich, waren doch viele vor und während der Wende unter dem Dach der Kirchen, vornehmlich der evangelischen Kirche in Friedens- und Umweltgruppen engagiert. So gehörten von den 36 Fraktionsmitgliedern der zweiten Wahlperiode (1994 – 1998) 22 einer der beiden großen Kirchen an (61 %). Allein ein Abgeordneter (Norbert Bischoff) war bis zur Wende als Theologe in der katholischen Kirche tätig. Nach seinem Einzug in das Landesparlament 1994, nutzte er seine Möglichkeiten, einen Zusammenschluss von Christen in der SPD zu organisieren. Rüdiger Fikentscher, damals Vorsitzender des SPD-Landesverbandes und der Landtagsfraktion ermutigte dazu und gab grünes Licht. Im kleineren Kreis wurde am 3. Mai 1995 das Für und Wider abgewogen.

Neben den notwendigen organisatorischen und strukturellen Fragen wurde folgende Zielsetzung für einen Fachausschuss „Christen in der SPD“ zur Diskussion gestellt.

1. Grundsatzfragen von sozialdemokratischer Politik und christlichem Glauben

- Verhältnis von sozialdemokratischen Politikfeldern und christlicher Lebenssicht
- Christliche Überzeugung als >Motivation zum Engagement in Politik und Gesellschaft
- Wertevermittlung in der Politik – Programmatik und Grundsätze

- Verhältnis zu Parteimitgliedern mit anderen Weltanschauungen

2. Beziehung zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften

- Verbindung zu den Kirchenleitungen und den Laiengremien (ev. Synode und Katholikenrat)
- Gemeinsame Veranstaltungen zu gesellschaftlich relevanten Problemkreisen vor Ort und überregional
- Einbindung in Kirchentage und andere Veranstaltungen
- Ansprechpartner für die Kirchen

3. Themenbezogene Arbeit zu aktuellen Fragen

- Stellungnahmen zu öffentlichen kirchlichen Äußerungen
- Begleitung der Kirchen in ihrem Gesellschaftsbezug
- Eigene Öffentlichkeitsarbeit zu tagespolitischen Fragen

2. Gründung am 30. Juni 1995

Schließlich wurde zur Gründungsveranstaltung am 30. Juni 1995 nach Magdeburg in den Landtag eingeladen. In der Einladung heißt es: „Hinter dem Vorschlag (einen Fachausschuss „Christen in der SPD“ zu bilden) steht wohl der Wunsch von Christinnen und Christen in der SPD, die Anregungen und Impulse aus der kirchlichen Arbeit (z. B. Ökumenische Versammlung in Dresden und Magdeburg) in Bezug auf politisches Handeln auszutauschen und weiterzuentwickeln“ Andererseits waren anfangs die Bedenken groß, sich innerhalb der SPD zu isolieren. Die Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit mit allen SPD-Mitgliedern unterschiedlicher Glaubens- und Weltanschauung war wichtig. Schwerpunkte dieses Fachausschusses sollten sein:

- Grundsatzfragen von sozialdemokratischer Politik und christlichem Glauben
- Wertevermittlung durch politisches Handeln (Grundsatzfragen)
- Einbindung in öffentliche kirchliche Veranstaltungen (Kirchentag u. ä.)
- Stellungnahmen zu öffentlichen Äußerungen der Kirchen.

Auf der Gründungsveranstaltung waren 29 SPD-Mitglieder anwesend.

Im Laufe der Zeit hatten sich über 80 Interessenten gemeldet, an die Einladungen verschickt wurden. Im Durchschnitt nahmen 15 SPD-Mitglieder an den Sitzungen teil. In den ersten fünf Jahren traf sich der Fachausschuss drei bis vier Mal im Jahr, später dann halbjährlich.

Von 1995 bis 2002 hatte der Landtagsabgeordnete Norbert Bischoff den Vorsitz inne. Ab 2002 steht Ulrich Stockmann, Europa-Abgeordneter, dem Fachausschuss vor. In einem kleinen Kreis wurden die Treffen regelmäßig vorbereitet und begleitet.

Zu den Gründungsmitgliedern, die bis heute regelmäßig mitarbeiten gehören:

Wolfgang Gräfe aus Magdeburg
Rufried Mauer aus Magdeburg
Prof. Dr. Andre Niklas aus Magdeburg
Mechthild Bolik aus Halle
Holm Anders aus Magdeburg
Ingrid Legutke aus Calbe/S.
Peter Beyer aus Staßfurt

Eva Bromberg aus Magdeburg
Siegfried Siegel aus Wernigerode und
der langjährige Vorsitzende des Ausschusses Norbert Bischoff aus Magdeburg.

Andre kamen je nach Interesse am Thema. Bis 2002 fanden die Sitzungen bis auf wenige Ausnahmen immer samstags im Gebäude des Landtages in Magdeburg statt, danach im Ernst-Reuter-Haus in der Bürgelstraße 1 in Magdeburg.
Verbindungsperson zwischen FA „Christen in der SPD“ und SPD-Bundesvorstand, Referat Kirchenfrage ist seit 1999 Mechthild Bolik aus Halle.

3. Tagespolitik und Grundsatzfragen

Im ersten Tätigkeitsbericht vom 11.10.96 heißt es kurz und knapp: Der FA „Christen in der SPD“ hat 74 Interessenten. Zu den Treffen kommen durchschnittlich 20 Mitglieder. An speziellen Vorbereitungstreffen sind meist mehrere Interessentern beteiligt. Die Hälfte der Mitglieder sind Mandatsträger in Kommunalvertretungen, Landesparlament, Bundestag und Europaparlament“. Aufgrund von Terminüberschneidungen entschuldigen sich hauptberufliche Politiker verhältnismäßig oft. Die größte Schwierigkeit des ansonsten sehr aktiven Fachausschusses besteht in der Außenwirkung. Die Möglichkeiten für breite öffentliche Diskussionen zu Schwerpunkten und Aussagen des FA werden zu wenig genutzt. Dies muss verbessert werden, um SPD-Politik auch aus diesem Ausschuss heraus anzuregen und zur Mitarbeit zu ermutigen“.

Der FA „Christen in der SPD“ litt wie andere Fachausschüsse auch an der Schnelllebigkeit politischer Prozesse. Bevor eine ausführliche Beschäftigung von tagespolitische wichtigen Themen erfolgen konnte, waren Entscheidungen längst gefallen. Aus diesem Grund beschäftigte sich der FA vorrangig mit grundsätzlichen Problemen wie zum Beispiel mit der flächendeckenden Einführung von Religions- und Ethikunterricht an den Schulen unseres Landes über mehrere Jahre intensiv. Dabei konnte er zwar Anregungen geben, aber die zentrale Forderung nach einem Religionskunde- und Werteunterricht für alle Schülerinnen und Schüler nach dem Vorbild Brandenburgs vermochte er nicht durchzusetzen. Insbesondere Mechthild Bolik und Dr. Elisabeth Wandt aus Halle hatten immer wieder angemahnt, die Kinder, die an keinem Religionsunterricht teilnehmen können oder wollen, wenigstens zum Ethikunterricht zu verpflichten. Es könne nicht sein, dass ein Großteil der Kinder innerhalb ihrer gesamten Schulzeit keine Kenntnisse über Religion, Werte, menschliches Zusammenleben, Achtung vor dem Leben erhalten. Und das in einer Zeit, in der Veränderungen und Umbrüche Eltern und Kinder verunsichern und oft ratlos machen. Aus diesem Grund gab es auch Phasen der Enttäuschung und Resignation, weil mit dem Fachausschuss „Christen in der SPD“ auch sehr viele Hoffnungen auf Veränderungsmöglichkeiten verknüpft waren, die sich nicht erfüllen ließen. Einige hatten daraufhin ihre weitere Mitarbeit aufgekündigt.

4. Fachausschuss ohne Fach

Damit ist auch gleich das Dilemma dieses Fachausschusses umrissen. Er hat kein fachbezogenes Politikfeld, aus denen er sich rekrutieren könnte bzw. dem er rechenschaftspflichtig wäre. Insofern war die strukturelle Einbindung in den SPD-Landesverband als Fachausschuss zwar verständlich, gleichzeitig fehlte ein Gegenüber im Parlament oder eine Verbindung zu Arbeitsebenen in der Partei. Er fungierte eher als mahnende oder ermunternde Stimme zu Themen der Zeit ohne ein fachbezogenes Konzept zu verfolgen. So wenig es eine christliche Politik geben kann, sondern nur Politik aus christlicher Verantwortung heraus, genauso hatte der FA „Christen in der

SPD“ kein christliches Mandat per se, sondern reflektierte Politik und Weltgeschehen im Lichte des christlichen Glaubens.

5. Gesprächsrunde oder Arbeitskreis

Mit konkreten Ergebnissen konnte der Fachausschuss bis auf einige wenige Stellungnahmen und Pressemitteilungen nicht aufwarten. Meist lief die Zeit davon, wenn wichtige Entscheidungen wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der Staats-Kirche-Vertrag mit der kath. Kirche, die Diskussion um den Gottesbezug in der Präambel einer künftigen europäischen Verfassung oder die Bekämpfung des Terrorismus auf der Tagesordnung standen. Selbst die anfänglich vierteljährlichen Treffen konnten im Wettlauf mit der Tagespolitik nicht mithalten. Der Eindruck, in den 4 bis 5 Stunden der samstäglichen Treffen würde nur geredet und Meinungen ausgetauscht, trägt nicht. Allmählich haben sich die Mitglieder davon verabschiedet, den selbst verabredeten Anspruch, in Politik eingreifen zu können, hinterher zu laufen. Auch wenn es oft den Anschein hatte, als würden hier quasi Weiterbildungskurse angeboten, war die Diskussion und die Reflexion von wichtigen politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Herausforderungen immens wichtig, um den eigenen Standpunkt zu überprüfen und die Frage nach dem Sinn immer wieder neu zu stellen.

Der Fachausschuss „Christen in der SPD“ war und ist innerhalb der Partei ein Ort, wo grundsätzliche Fragen sozialdemokratischer Politik aus christlicher Sicht angefragt und hinterfragt werden. Das Ringen um gemeinsame Antworten war öfter deutlich wahrnehmbar

6. Von Marx und sozialer Marktwirtschaft

Im FA „Christen in der SPD“ ging und geht es nicht immer harmonisch zu. Bei der Frage nach dem christlichen Anspruch bei der Bewertung von politischen Ereignissen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Auch die Flügelkämpfe innerhalb der SPD zwischen „Neuer Mitte“ und „Mansfelder Forum“ Ende der 90iger Jahre kamen auf die Tagesordnung. Es spricht für den FA, dass er diese Auseinandersetzung sachlich geführt und Vertreter der jeweiligen Flügel direkt eingeladen hat. Der Bundestagsabgeordnete Uwe Küster und der Landtagsabgeordnete Rainer Metke haben in der Diskussion diese unterschiedliche Sichtweise auf die Politik innerhalb der SPD fair geführt und so zu einer guten Streitkultur beigetragen.

Auch die Beurteilung einer von der PDS geduldeten Minderheitsregierung unter Reinhard Höppner (1994-2002) war zwar kein Dauerthema, beschäftigte den FA mitunter heftig. Interessant war, dass z. B. der Pfarrer i. R. Rufried Mauer keinen Hehl daraus machte, dass er eine Koalition mit der PDS befürworte. Holm Anders aus Magdeburg dagegen traut der PDS nicht über den Weg aufgrund seiner Erfahrungen aus DDR-Zeiten. Vielleicht lässt sich im Rückblick auf diese Auseinandersetzung auch das Fazit ziehen, dass der Umgang mit der eigenen DDR-Vergangenheit auch wesentlich dazu beiträgt, wie der einzelne die PDS einschätzt. Diese und ähnliche Auseinandersetzungen wurden sehr emotional und heftig geführt, hat am Ende den Kreis aber nicht zerrissen.

Interessante Themen, die von Mitgliedern selbst erarbeitet und vorgetragen wurden, waren: „Führt uns Marx aus der Arbeitslosigkeit heraus?“ von Peter Beyer aus Staßfurt, Jahrgang 1937, Diplom-Gewerbelehrer, in dem er den Philosophen Karl Marx in einem anderen Gesicht skizzierte als dieser meist dargestellt wurde. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder die „Katholischen Soziallehre“, wie sie Anfang der 50iger Jahre vom Jesuiten Oswald von Nell-Breuning entwickelt wurde,

angemahnt. Guter Kenner auf diesem Gebiet ist Prof. Dr. Andre Niklas, der oft in die gleiche Richtung argumentierte.

Diese wenigen Beispiele sollen verdeutlichen welche Bandbreite von Themen im FA „Christen in der SPD“ auf der Tagesordnung standen.

7. Öffentlichkeit und Kirchentage

Der FA „Christen in der SPD“ hat in seinem 10 jährigem Bestehen zwei Stellungnahmen und einige Pressemitteilungen abgegeben. Dies betrifft insbesondere die Arbeit der ersten Jahre.

Die Forderung für eine flächendeckende Einführung eines Lernbereiches „Lebensorientierung“ mit den Wahlpflichtfächern Religion und Ethik scheiterte am Kultusministerium, weil es wohl eine öffentliche Debatte fürchtete. Konkret heißt es dort: „Das in Grundgesetz und Landesverfassung garantierte Recht, Religion und Ethik als ordentliche Unterrichtsfächer anzubieten, sei nur in einem gemeinsamen Lernbereich zu verwirklichen. Aufgrund der mehr nichtchristlich geprägten Gesellschaft im Osten Deutschlands ist eine reine Übernahme westlicher Formen von Religionsunterricht an unseren Schulen kontraproduktiv.“

Besondere Bedeutung hat die Stellungnahme zum „Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ 1995, weil sie einige der wenigen Reaktionen von Parteien aus Ostdeutschland ist. Dort heißt es: „Wir (Sozialdemokraten) erkennen in der kirchlichen Stellungnahme das Bemühen, soziale Defizite und Ungerechtigkeiten beim Namen zu nennen, ihre Auswirkungen bewusst zu machen und an die Pflicht von Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft und Politikern zu erinnern, verantwortlich für die künftigen Generationen und das Leben auf dieser Erde zu handeln und gegen Ellenbogenmentalität und Egoismus einzutreten. Wir vermissen den eigenen Beitrag der Kirchen zu den Problemfeldern, in denen die Kirchen als Institution und der Arbeitgeber selbst Möglichkeiten haben, neue gerechtere und menschenfreundlichere Wege zu gehen. Dies gilt insbesondere im Bereich einer umfassenderen Arbeitnehmerbeteiligung in kirchlichen Einrichtungen im Sinne gewerkschaftlicher Vertretungen, dies gilt im Umgang mit alleinerziehenden berufstätigen Frauen und deren soziale Absicherung, dies gilt in Bezug auf die Familien, die auch kirchlicher Förderung und Unterstützung bedürfen.

Die große Chance des von den Kirchen angestoßenen Diskussionsprozesses könnte darin bestehen, eine gesellschaftliche Werte-Diskussion anzuregen, in der die Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit stärker um den Grundwert der Solidarität ergänzt werden sollte „... Wir Christen in der SPD sind den Kirchen dankbar für die klaren Worte gegen Fremdenhass und Fremdenfeindlichkeit, für Fürsorge und Gastfreundschaft gegenüber Flüchtlingen und Migranten.“

1997 hat sich der ,FA „Christen in der SPD“ mit der „Erfurter Erklärung“ beschäftigt und dazu mitgeteilt: „Wir stellen uns hinter die „Erfurter Erklärung“ und unterstützen die Initiative der Unterzeichner in Bezug auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundsatzgedanken. Wir verstehen die Aussagen als einen Versuch, einen Grundkonsens unter verantwortlichen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zu erreichen, die sich mit dem Abbau von sozialen Sicherheitssystemen und mit der Abkehr vom Solidarprinzip nicht abfinden können. „...Die Steuerungsmechanismen des Staates müssen so eingesetzt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen erhalten, am Reichtum unseres Landes teilzunehmen.“

In diesem Zusammenhang fällt auch ein Antwortschreiben des Vorsitzenden des Fachausschusses Norbert Bischoff von 1997 auf, das er an Dr. Harm Henschen aus Blankenburg/Harz zum Thema Jugendweihe geschrieben hat. Dr. Henschen von der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde aus Blankenburg fragt die SPD an, wie sie zur Jugendweihe steht. Bischoff schrieb unter anderem: Die Haltung zur Jugendweihe ist bei unseren SPD-Mitgliedern unterschiedlich. Diejenigen, die keiner Konfession oder Religion angehören, haben damit überhaupt kein Problem. Dies gilt auch für Jugendweiheteilnehmer/innen, deren Elternhäuser nicht religiös geprägt sind. Für uns Christen ist es schwer, das Phänomen Jugendweihe richtig zu beurteilen. Wir tragen noch schwer an der Last, dass die Jugendweihe zu DDR-Zeiten das Bekenntnis zum sozialistischen Staat war, absolut atheistisch ausgerichtet und oft das Kriterium, ob jemand leichter beruflich weiterkam oder nicht „.... Ich selbst bin nicht zur Jugendweihe gegangen, meine Kinder auch nicht. Dies war für uns selbstverständlich. Nach der Wende habe ich mich lange Zeit dagegen gewehrt, die Jugendweihe – wenn auch unter anderen Vorzeichen – zu akzeptieren. Für mich blieb sie der Stachel im Fleisch und im Grunde gegen Religion gerichtet. Erst in den letzten Jahren bin ich zur Einsicht gelangt, dass wir Christen in der SPD uns auch für die einsetzen müssen, die Orientierung suchen. Nach meiner persönlichen Überzeugung sollten wir das Feld nicht allein der PDS oder den Humanisten überlassen. Unsere Vorstellungen gehören mit in die Jugendweihefeiern im Sinne von Pluralität und Toleranz. Christliche Werte sind auch menschliche Werte, von denen wir zwar der Überzeugung sind, dass sie allein aus der christlichen Religion zu begründen sind, die sich jedoch auch aus dem humanen Erbe der allgemeinen Menschenrechte ableiten lassen und zu unserer Kultur gehören. Ich kann ihre kritische Distanz gut verstehen. Aber der Rückzug in die kirchlichen Nischen birgt die Gefahr, weder Sauerteig noch Licht zu sein. Für eine politische Partei, die für alle Menschen offen sein will, wäre dies undenkbar. Natürlich ist eine unkritische Anpassung zu hinterfragen. Von daher bin ich froh, dass es in der SPD genügend aktive Christen und Christinnen und tolerante „Atheisten“ gibt, mit denen ich mich über solche Fragen auseinandersetzen kann.... Die Jugendweihe ist eine Chance, unsere Weltsicht und unsere Wertevorstellung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vermitteln zu können“.

8. Klein aber fein

Der FA „Christen in der SPD“ ist mit den Jahren eine lebendige und aktive Gruppe innerhalb des SPD-Landesverbandes in Sachsen-Anhalt geworden. Je nach Thema kommen zwischen 10 und 15 Personen zusammen, wobei ein fester Kern von „Unerschütterlichen“ die Kontinuität sichert. Dazu gehören unter anderen Peter Beyer aus Staßfurt, der unterdessen den Un-ruhestand genießt und neben seinem Hobby, alte Kirchturmuhren wieder in Gang zu bringen, sich weiterhin mit Philosophie und Politik beschäftigt; Wolfgang Gräfe, dem das Verdienst zukommt, die Sitzungen zu protokollieren, damit das Wichtigste schwarz auf weiß nachzulesen ist; Holm Anders, der wir die anderen auch ein Querdenker ist, der das Streitgespräch sucht und klar seine Meinung vertritt; Andre Niklas, der sich neben seiner Professur für Sportmedizin unter anderem auch mit der katholischen Soziallehre beschäftigt und das soziale Gesicht der SPD anmahnt; Ingrid Legutke, der besonders der Einsatz für die Benachteiligten, Kranken und Kinder am Herzen liegt. Leider fehlen junge Leute, die mit ihrer Sicht auf die Dinge die Diskussion in diesem Kreis bereichern würden. Vermutlich gibt es aber für die Aktiven in der SPD so viele Angebote zum Mitmachen, dass es für die noch geringe Zahl an Mitgliedern ausreicht. Zudem sind die Engagierten in ihren Ortsvereinen, in Kreistagen und Gemeindevertretungen aktiv und zeitlich ausgelastet.

Seit 2002 leitet Ulrich Stockmann den Fachausschuss. Als Abgeordneter des Europäischen Parlamentes und Mitglied im Vorstand des Landesverbandes hat der FA nun eine Persönlichkeit an seiner Spitze, die über große Erfahrungen europäischer Politik verfügt, gute Kontakte zu interessanten Gesprächspartnern hat und als Theologe den notwendigen kirchlichen Hintergrund besitzt. Seitdem ist auch die Themenauswahl europäischer und globaler geworden.,

Überblick über Themen (zeitlich geordnet)

1995/1996

- Religions- und Ethikunterricht (27.10.95/23.11.95/20.1.96/8.6.96/10.1.98)
- Gemeinsame Wort der Kirchen zur sozialen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland (30.11.1995)
- die Situation im ehemaligen Jugoslawien (8.6.1996)

1997/1998

- Arbeit und Gerechtigkeit (25.1.1997)
- Erfurter Erklärung – Verantwortung für die soziale Demokratie (25.1.97)
- Staats-Kirche-Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Land Sachsen-Anhalt (8.6.96/1998)
- Stellung zur Eigentumsfrage und zur Geldwirtschaft mit dem Aktionskreis Halle 24.11.1998

1999

- Erhalt der Kirchenbauten und deren Nutzung mit dem ev. Büro 1998
- Neue Mitte und SPD-Linke – Streitgespräch zwischen Uwe Küster MdB und Rainer Metke, MdL (20.2.1999)
- 50 Jahre Verfassung unter der Situation in Ostdeutschland (13.11.1999)
- Verfassungen im Vergleich, Holm Anders, (3.7.1999)
- Stellung von jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt, Ruffried Mauer (3.7.1999)

2000/01

- Sand im ökumenischen Getriebe, Gespräch mit OKR Steinhäuser (21.10.2000)
- Integration ausländischer Mitbürger (21.3.2001)

2002/03

- SPD in der Opposition, Auswertung der Wahlniederlage (21.9.2002)
- Stellungnahmen der Kirchen zu europäischen Verfassung 7.12.2002
- Die transatlantischen Beziehungen und die neue Weltordnung 6.9.2003

Überblick Referenten und Gäste

- Dr. Elisabeth Wandt vom Lehrerfortbildungs-Institut (Religionsunterricht und Ethik)
- Vertretern aus dem Kultusministerium (Religionsunterricht und Ethik)
- Prof. Dr. Richard Schröder, Berlin (Religionsunterricht und Ethik)
- Steinert, Berlin zum Thema: Lernbereich Religion und Ethik – Modellversuch in Brandenburg
- Prof. Dr. Rugova aus Pristina zur Situation der Kosovo-Albaner
- Hans Koschnik aus Bremen mit Empfang beim Ministerpräsidenten Dr. Reinhard Höppner und Eintragung ins Goldene Buch der Landeshauptstadt Magdeburg 21.5.1997 zum Thema: „Chancen des Friedens auf dem Balkan“

- Dr. Wolfgang Ullmann zum Thema: 50 Jahre Verfassung unter der Situation in Ostdeutschland
- Günter Piening, Ausländerbeauftragter der Landesregierung
- Lynen von der Berg, Geschäftsführer „Miteinander e. V.“ zum Thema „Fremde in unserer Gesellschaft“
- Albrecht Steinhäuser OKR, evangelisches Büro, Magdeburg
- Ulrich Berger, Rat, katholisches Büro, Magdeburg

Mein Weg zur Sozialdemokratie

Wenn man in einem politischen Elternhaus aufwächst und den Tod von Verwandten durch diesen Krieg, Bombenterror und Artilleriebeschuss, das heimliche Hören der „Feindsender“ Bero Münster und BBC erlebt hat, wenn Soldaten und kriegsbedingte Evakuierungen von Menschen, wenn Besatzungsgruppen und Heimatflüchtlinge, Wohnungsnot und Hunger den Alltag bestimmen bleibt dies nicht ohne Folgen für ein Kind des Jahrganges 1938.

Die alltäglichen Existenzsorgen der Erwachsenen sowie die Streitgespräche über das Kriegsgeschehen und die politische Lage haben sich tief in mein Gedächtnis eingegraben. Da war es nicht verwunderlich, dass ich als Heranwachsender die Umbrüche und Bemühungen zur Beseitigung der geistigen und materiellen Trümmer der Nazi-Barbarei aufmerksam verfolgte.

Auf der Grundhaltung des „Antifa“ im Elternhaus keimten zunächst große Hoffnungen der „noch mal Davongekommenen“ und der Wille war spürbar zum Neuanfang und nun „alles besser machen wollen“. Der Traum war: demokratischer Neuanfang und Rückkehr des Landes als friedliebender Staat in die Völkerfamilie Europas und der Welt und dessen Bürger sich ihrer jüngsten Geschichte selbstkritisch stellen. Für das „neue“ und „Bessere“ stand ein unbeugsamer Kämpfer gegen den Faschismus, der zwölf Jahre im Nazi-Konzentrationslager zubringen musste, Kurt Schumacher. Sein Name wurde zuhause oft respektvoll genannt und wenn es um die Zukunft Deutschlands ging, richteten sich die Erwartungen auf ihn und seine im antifaschistischen Kampf erworbene Glaubwürdigkeit und moralische Kraft.

Schnell aber zeigte sich, dass die Vorstellungen der Alliierten über das neue Deutschland nach Kriegsende zunehmend eigenen machtpolitischen Interessen folgten. Und die Wirklichkeit brachte uns: den kalten Krieg, die Berlin-Blockade, den Korea-Krieg und die Spaltung Deutschlands. Im Bereich der sowjetischen Besatzungszone folgte der braunen Diktatur stehenden Fußes die rote Diktatur.

Die ersten freien Wahlen im Bereich der sowjetisch besetzten Zone hatten gezeigt: die kommunistische Partei kommt auf demokratischem Wege nicht an die Macht. Sie braucht einen „Blutspender“ so die Charakterisierung von Kurt Schumacher. Das Ringen um die Zwangsvereinigung von KPD und SPD war in Wahrheit der Kampf um die kommunistische Vorherrschaft. Das Demokratieverständnis der Sozialdemokraten fasste Rosa Luxemburg einmal in einem Satz zusammen „Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden“. Diese Grundhaltung ist aber unvereinbar mit dem kommunistischen Demokratieverständnis als der „Diktatur des Proletariats“. Durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 und der DDR im Oktober 1949 vertiefte sich unausweichlich die Spaltung Deutschlands. Die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik und die Mitgliedschaft in der NATO führten schließlich zu der Einschätzung westlicher politischer Beobachter: Es wird 50 Jahre bis zur Wiedervereinigung dauern“.

Das war aber nicht, was ich wollte. Die Erlangung der Einheit war für mich der politische Weg, dass sich immer stärker etablierende realsozialistische Gesellschaftssystem DDR zu überwinden. Ich wehrte mich innerlich, zumal nach den

Erfahrungen der Naziherrschaft, eine Diktatur und eine Partei mit totalem Herrschaftsanspruch zu akzeptieren. Die SPD der 50iger Jahre mit dem Magdeburger Erich Ollenhauer an der Spitze verfolgte für mich am konsequentesten die Politik, die Spaltung Deutschlands aufzuhalten und das Tor zur Wiedererlangung der Einheit durch Ablehnung von Wiederbewaffnung und NATO-Mitgliedschaft offen zu halten.

Trotz der Erfahrungen des Aufstandes vom 17. Juni 1953 im Bereich der DDR und des Ungarn-Aufstandes von 1956 wurde das gesellschaftliche Leben in der DDR durch eine verstärkte Zwangskollektivierung der Landwirtschaft der fortschreitenden Enteignung des Mittelstandes, der Flucht von Kultur- und Geisteswissenschaftlern, von Landwirten, Unternehmern und Ärzten sowie Ideologisierung und Indoktrination aller Lebensbereiche geprägt. In diese Situation hinein wollte und musste ich mich politisch positionieren.

So fuhr ich im August 1960 nach Berlin-West zum Ostbüro der SPD und stellte den Antrag auf eine zunächst ruhende Mitgliedschaft in der SPD. Nach Beendigung meines Studiums in Dresden, so meine Vorstellungen, wollte ich in Berlin-Ost eine Tätigkeit aufnehmen und dann aktive Parteiarbeit leisten. Berlin-Ost war aufgrund des Viermächtestatuts auch eine politische Betätigung in der SPD möglich. Mit diesem Bekenntnis zur SPD bekundete ich auch innerlich für mich selbst, dass ich das Gesellschaftssystem der DDR prinzipiell ablehne, frei nach Bebel „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“.

Der Bau der Mauer 1961 war ein tiefer Einschnitt, der für viele Eingemauerte nachhaltige Auswirkungen auf ihr weiteres Leben hatte. Als Reaktion entwickelte sich eine Nischengesellschaft, in der sich viele einrichteten, um mit den Begrenzungen und gesellschaftlichen Defiziten besser fertig zu werden. Ich bildete dabei keine Ausnahme, wenn mich auch permanent ein Gedanke bedrängte, hätten wir andere gesellschaftliche Verhältnisse, könntest du mehr leisten und dich im politischen Bereich voll engagieren, so blieb dies ein Traum. Die West-Radiosender und später das West-Fernsehen waren die entscheidende Brücke in den Westen und sie vermittelten gewollt oder auch ungewollt Hoffnungen auf Veränderungen. Ob der Prager Frühling 1968, die Solidarnoc-Bewegung in Polen, die Ost-Politik der Regierung Brandt/Scheel oder der Helsinki-Prozess – immer wieder keimten neue Hoffnungen auf nachhaltige Veränderungen. Das durch Egon Bahr geprägte Ziel „Wandel durch Annäherung“ und die kleinen Schritte der Deutschland-Politik nährten die Vorstellung, es könnte nach einem langen Prozess etwas mehr Freiheit und Demokratie geben. Gleichwohl konnte unsere Generation nicht mehr mit der Einheit des Vaterlandes rechnen. Umso beglückender war für mich, wie sich spontan 1989 eine Volksbewegung in der DDR entwickelte. In den Sommermonaten ging eine ungeheure Erregung durch unser Land, dessen Wirkung sich niemand entziehen konnte. Man spürte den Hauch der Geschichte und es entwickelte sich eine historische Situation, die es seit 1945 in unserem Land so noch nie gegeben hatte.

In diese Zeit hinein gab es den „Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR – SDP“. Er wurde von der Initiativgruppe zu der aus unserer Region Markus Meckel, Pfarrer und Leiter der ökumenischen Begegnungsstätte in Niederndodeleben, gehörte, bewusst am 26. August 1989 veröffentlicht. Es war der 200. Jahrestag der Erklärung der Bürger- und Menschenrechte durch die Französische Revolution von 1789. Daneben entstanden die Bürgerbewegungen „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und „Demokratischer Aufbruch“. Im Rahmen der Gebete für eine gesellschaftliche Erneuerung konzentrierten sich in Magdeburg zunächst alle Aktivitäten in und um den

Dom. Waren es anfangs einige hunderte Menschen, die in den Dom kamen, wuchs die Zahl der Teilnehmer von Woche zu Woche in die Tausende. Derweil fand sich am 7. Oktober 1989 im Pfarrhaus von Schwante bei Berlin die Initiativgruppe zur Gründung der SDP und vollzog offiziell die Gründung der SDP der DDR. Wiederum bewusst war der 7. Oktober 1989 gewählt worden. Der Tag, an dem die Führungsschicht der DDR in Berlin den 40. Jahrestag der DDR feierte. Dagegen sollte deutlich gemacht werden: diese DDR ist nicht die Gesellschaftsordnung, die wir uns vorstellen und deshalb gibt es keinen Grund zum Feiern.

Am folgenden 9. Oktober 1989 kam der Mitbegründer der SDP, Konrad Elmer, in die Montagsveranstaltungen im Dom und berichtete über die Gründung der SDP und warb für die neue Partei. Er informierte, dass sich Interessenten an einer Mitarbeit am folgenden Dienstag, den 10. Oktober, 17.00 Uhr in der „ökumenischen Begegnungsstätte“ in Niederndodeleben bei Markus Meckel treffen.

Bei meiner Vorgeschichte war es selbstverständlich, dass ich am Dienstag nach Niederndodeleben fuhr. Dort traf ich erstmalig u.a. Matthias Ullrich, Tilman Tögel, Gustav Haenschke, Bertold Salow und andere. Nach einem vorsichtigen gegenseitigen „abtasten“ mit der Frage im Hinterkopf „wen von den Anwesenden hat die Stasi geschickt?“ berieten wir erste Schritte zur Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer Struktureinheit der SDP in unserer Region und verabredeten weitere Treffen. Zwei Aufgabenschwerpunkte wurden vorgesehen.

1. Vorbereitung einer Gründungsversammlung der SDP für den Bezirk Magdeburg und Werbung von Mitstreitern. Es war klar, wir mussten in die Öffentlichkeit. So wurde eine DDR-weite Liste mit Kontaktadressen zusammengestellt, die im Magdeburger Dom sowie in der Evangelischen Buchhandlung Holtermann aushing. Als Anlaufpunkt für Magdeburg war meine Adresse auf dieser Liste vermerkt. Die Folge waren viele Briefe von fremden Menschen und die Kontaktaufnahme durch Bürgerinnen und Bürger mit mir, die ein allgemeines oder ganz konkretes Anliegen hatten. Die Pressearbeit übernahm Matthias Ullrich. Zu seiner Arbeit gehörten die Bemühungen um ein Papierkontingent für die Herstellung von Informationsmaterialien auf einer aus Niedersachsen stammenden handbetriebenen Vervielfältigungsmaschine. Des Weiteren galt es, Presseinformationen und Pressebeiträge abzufassen und im Ringen mit den zunehmend verunsicherten Presseleuten auch zur Veröffentlichung zu bringen. Zudem galt es, sich vielen Bürgerdiskussionen zu stellen. So war ich zu vielen Info-Abenden z. B. bei Kulturschaffenden, der Berufsfeuerwehr, den Kohlearbeitern, in Kirchengemeinden und der Polizei; ich traf mich mit Vertretern der Nationalen Volksarmee, war in Bürgerversammlungen in Köthen, Stendal, Bösdorf, Burg, Möser und an vielen anderen Orten. Wir hatten uns noch gar nicht richtig gegründet, suchten aber schon überall Mitstreiter, um dadurch eine gesellschaftliche Kraft zu werden, die Veränderungen bewirkt.

2. Mitarbeit in verschiedenen Gremien als SDP-Vertreter mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des revolutionären Veränderungsdruckes gegenüber der Staatsmacht. Hierzu zählten vor allem die Mitwirkung in der Beratergruppe Dom, die die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der Montagsveranstaltungen koordinierte. Dazu gehörten die Diskussionsforen im Dom, die Kundgebungen auf dem Domplatz bzw. Alten Markt und die Demonstrationen in der Innenstadt.

Nach Bildung des Bürgerkomitees, das sich besonders mit der Enttarnung und Entmachtung der Stasi befasste, war unser Mann Jürgen Vogel, der hier hervorragende Arbeit leistete. Des Weiteren galt es, die Runden Tische des Bezirkes und der Stadt

Magdeburg mit unseren Vertretern zu besetzen. Am Runden Tisch des Bezirkes saßen Holger Saffier bzw. Matthias Ullrich, am Runden Tisch der Stadt vertrat ich die SDP. Parallel wurden die Vorbereitungen zur SDP-Gründung in unserer Region vorangetrieben. Da Markus Meckel das Hauptreferat halten sollte, verschob sich infolge Termenschwierigkeiten die Gründungsversammlung von Woche zu Woche. Am Abend des 9. November 1989 traf sich unsere Initiativgruppe im Kellerraum unseres Wohnhauses zur organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Gründungsversammlung der SDP. Die spät abendliche Information, dass die Mauer in Begriff ist zu fallen und die Ersten mit ihrem Auto in Richtung Helmstedt losfahren, konnte uns nicht davon abhalten die ganz praktischen Fragen einer Parteigründung weiter zu erörtern:

- Wer erarbeitet die Geschäftsordnung und die Wahlordnung?
- Wer soll im Präsidium sitzen?
- Wer arbeitet in der Wahlkommission mit?
- Wer organisiert die Tontechnik?
- Welche Informationen sollen in schriftlicher Form verteilt werden und wer und wie können sie vervielfältigt werden?
- Welche Arbeitsgruppen für die inhaltliche Arbeit sollen gebildet werden?
- Wie soll der Vorstand strukturiert sein?
- Woher bekommen wir Aufnahmeformulare? u. v. a.

Am 18. November 1989 war es dann soweit und über 100 Teilnehmer hatten sich im Gemeindesaal der Evangelischen Altstadtgemeinde zur Gründungsversammlung der SDP zusammengefunden. In meiner Begrüßungsansprache führte ich u.a. aus: „Von der Initiativgruppe „zur Gründung des Regionalverbandes Magdeburg der SDP“ wurde ich beauftragt, unsere Gründungsversammlung zu eröffnen und sie alle sehr herzlich zu begrüßen. Mit mir haben im Präsidium Platz genommen: Dieter Bromberg, Holger Saffier und Markus Meckel. Gemeinsam werden wir die heutige Gründungsversammlung leiten. Als Gäste begrüße ich unter uns die Vertreter der Presse sowie der elektronischen Medien. Ganz besonders begrüße ich aber Sie, liebe Freunde der SDP, die Sie in einer Zeit des tief greifenden gesellschaftlichen Wandels mit dem Ziel einer radikalen Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen unseres Landes sich als erste für ein gesellschaftliches Engagement in unseren Reihen bereitgefunden haben. Sie alle waren in vielfältiger Weise aktiv bei der Manifestation des wahren Volkswillens und haben Anteil an den ersten Erfolgen unserer friedlichen demokratischen Revolution. Angesichts des Scheiterns des realsozialistischen Modells in der DDR ist es ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn sich neue, unverbrauchte und unbelastete Kräfte zusammenfinden und ihren konstruktiven Beitrag bei der Überwindung in allen Bereichen unseres Gemeinwesens erkennbarer Defizite und Deformationen zu leisten.

In der heutigen Gründungsversammlung knüpfen wir an eine alte starke politische Strömung unserer Region an, die 1946 mit der Vereinigung von SPD und KPD ihr abruptes Ende fand. Sozialdemokratisches Gedankengut breitete sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus, vor allem bei den gesellschaftlich Benachteiligten. Namen wie Julius Bremer, Wilhelm Klees und Albert Vater seien hier stellvertretend für viele genannt, die Träger des Kampfes um soziale Gerechtigkeit und rechtliche Gleichstellung waren. Rund 100 Jahre später wollen wir erneut unter den veränderten Bedingungen einer komplexen Industriegesellschaft einen Beitrag für die Gestaltung einer sozialen Demokratie leisten. Bis zu diesem Ziel ist es ein weiter schwerer Weg. Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist auch unsere heutige Veranstaltung.“

Die Gründungsversammlung verlief störungsfrei, und 109 Personen von den Anwesenden unterschrieben die Gründungsurkunde, die heute in Kopie im Ernst-Reuter-Haus in Magdeburg hängt. Die gewählten Vorstandsmitglieder des Stadt- und Regionalverbandes Magdeburg der SDP hatten als erstes aus ihrem Kreis einen zu bestimmen, der den Vorsitz übernimmt. Niemand drängelte sich, aber einer musste sich überreden lassen. Dieser eine war ich nur mit sehr gemischten Gefühlen habe ich die Wahl angenommen. Die Parteigründung sollte ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger sein:

1. Wir streben gesellschaftliche Verantwortung an und wollen uns nicht mehr bevormunden lassen, sondern wollen die vielfältigen Defizite, wie sie die Menschen im Dom zum Ausdruck brachten, überwinden. Die Defizite kamen u.a. in folgenden Forderungen zum Ausdruck: Pressefreiheit, Rede-, Meinungs- und Glaubensfreiheit, parlamentarische Demokratie, Wirtschaftsreformen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, ökologische Erneuerung, Bewegungsfreiheit im In- und Ausland, Demonstrations-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

2. Steht nicht länger abseits, sondern stärkt unsere Reihen und bringt euch ein. Nutzt die Gunst der Stunde für einen grundlegenden Neuanfang. Die ihr unter der Bevormundung und politischen Ohnmacht gelitten habt, macht mit und helft dem revolutionären Schwung neue Impulse zu geben.

Nun gab es wieder eine sozialdemokratische Partei im Bereich der DDR. Dank einer revolutionären Volksbewegung. Die Losung „Wir sind das Volk“ wurde durch die Losung „Wir sind ein Volk“ abgelöst und damit stabilisierte und etablierte sich die friedliche Revolution. Daraus erwachsen aber auch vermehrte Erwartungen an die Hilfe aus dem Westen. Revolution bedeutet Wandel der politischen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf. Und für die dafür zu leistende Arbeit brauchte es nicht nur Demonstrationen, sondern Parteien und verbindliche Mitstreiter. Eine Partei gründen und aufbauen unter den Bedingungen eines in Agonie liegenden Staates und den schnell wachsenden Erwartungen der Bürger auf möglichst rasche Veränderungen ist schon eine einzige Herausforderung.

Unsere kleine Schar musste:

- die Partei organisatorisch strukturieren und festigen sowie die materiell technischen Voraussetzungen (Büro) für die Parteiarbeit schaffen,
- inhaltliche Aussagen zu Fragen und Forderungen der Bürger erarbeiten und formulieren,
- einen parteiinternen Informationsfluss gewährleisten (ohne Telefon), Öffentlichkeitsarbeit leisten,
- den Schwung der friedlichen Revolution durch die Mitwirkungen bei Kundgebungen, Bürgerforen und Demonstrationen aufrechterhalten sowie die Arbeit des Bürgerkomitees und der Runden Tische maßgeblich mitbestimmen.

Im Zusammenhang mit dem Besuch von Willy Brandt, der auf einer Kundgebung am 19. Dezember 1989 auf dem Domplatz sprach, wurde uns ein Büro zugewiesen. Auf diese Räume meldete zugleich die Volkssolidarität Ansprüche an uns, der Ärger nahm seinen Lauf. Im Januar nannte sich die SDP der DDR in SPD um (und vereinigte sich im September mit der SPD der Bundesrepublik). Die folgenden Etappen zur Vorbereitung der ersten freien Volkammerwahlen im März 1990, der Kommunalwahlen im Mai

1990, die verschiedenen Parteitage sowie die Übernahme von Mandaten in der Volkskammer, auf Kommunalebene und später Landesebene das alles waren die Mühen der Ebene. Nun lief alles auf den 3. Oktober 1990 zu, dem Tag Deutschen Einheit.

Mein Besuch 1960 im Ostbüro der SPD war vor allem der Wunsch nach Einheit des Vaterlandes und Manifestation der Ablehnung des realsozialistischen Systems. Genau 30 Jahre später war ich Vorsitzender einer Gliederungsebene dieser Partei und Mandatsträger und konnte einen Beitrag leisten zur Vollendung der Einheit und zur Überwindung der kommunistischen Diktatur. Politisch gesehen sind diese Jahre ab 1989 für mich eine Zeit unvergleichlicher, großartiger, sinnstiftender und zukunftsreicher Herausforderungen – die besten Jahre meines Lebens.

Meine Erfahrungen auf dem Weg nach Europa

Der Mauerfall brachte uns die Öffnung nach Westen. Nicht nur zum anderen deutschen Staat, sondern auch nach Westeuropa und in den Rest der Welt. Natürlich standen zuerst Besuche und Reisen zu Freunden und Bekannten auf dem Programm. Ohne Westgeld war es ohnehin nicht möglich, „große Sprünge“ in europäisches Ausland oder gar Amerika, Afrika oder Asien zu machen. Etwas besser wurde dies, als mit der Einführung der D-Mark, am 1. Juli 1990 zumindest etwas mehr finanzielle Unabhängigkeit einkehrte.

Fast unbemerkt von der breiteren Öffentlichkeit, jedoch bis heute mit immensen Auswirkungen auf die Politik der ostdeutschen Länder, sind diese mit dem Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 automatisch auch Mitglied der Europäischen Union geworden. Keine langwierigen Verhandlungen, keine politischen Diskussionen, keine Vorbeitriffsstrategien, im Wortsinn „über Nacht“ waren wir Mitglied in einer starken und friedenssichernden Gemeinschaft geworden. Obwohl wir überhaupt nicht darauf vorbereitet waren, mussten und konnten wir über Nacht europäisches Recht anwenden, aber auch europäisches Geld beanspruchen. Wenn wir damals mit den gleichen Maßstäben beurteilt worden wären, wie dann später die anderen Beitrittskandidaten: Das Urteil wäre verheerend ausgefallen. Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Justiz wären nicht in der Lage gewesen, den EU-Binnenmarkt und den europäischen Rechtsrahmen anzuwenden und zu verkraften. Gerade in der Wirtschaft waren die Auswirkungen besonders schlimm. Das Wegbrechen der Märkte, der desolate Zustand der Betriebe, fehlendes Geld, Fehlentscheidungen der Treuhand und die nicht immer zimperliche Konkurrenz aus dem Westen trieben ungezählte Menschen in die Arbeitslosigkeit. Das es in Politik, Verwaltung und Justiz etwas einfacher lief, lag an der umfangreichen Verwaltungshilfe, die wir aus den alten Bundesländern bekamen. Zwar gab es auch da Glücksritter, Schnellaufsteiger und Unfähige, aber die große Masse der Berater und Mitarbeiter trugen mit ihren Erfahrungen erheblich zur Anpassung dieser Bereiche an die gesamtdeutschen und EU-Standards bei.

Mit den Wahlen zum Landtag im Oktober 1990 und der sich anschließenden Regierungsbildung, wurde auch „Europa“ fester Bestandteil der Landespolitik. Einem Trend fast aller Bundesländer folgend, wurde auch durch die erste CDU/FDP-Regierung ein Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten gebildet. Erster Minister war Gerd Brunner, dem dann ab Sommer 1991 Hans-Jürgen Kaesler nachfolgte. Als langjähriger Mitarbeiter des Bonner Außenministeriums war er mit der Europapolitik gut vertraut. Im Landtag spiegelten sich in den Ausschüssen meist die Zuständigkeiten der Ministerien wieder. Folglich wurde auch ein Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten installiert. So richtig wusste niemand, was da passieren sollte. Der Andrang der Abgeordneten auf diesen Ausschuss hielt sich dementsprechend in Grenzen. Uns brannten die aktuellen Probleme unter den Nägeln. In den Ausschüssen für Soziales, Wirtschaft, Bildung, Finanzen oder Innen spielte die Musik. Dort wurden die Gesetze beschlossen und das Geld verteilt, mit dem das Land aufgebaut werden sollte. Ich war damals parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Ohne Büros, ohne Regelungen und ohne Erfahrungen musste der Fraktions- und Landtagsbetrieb organisiert werden. Weil sich für den Europaausschuss so recht niemand finden wollte, beschloss ich, quasi nebenbei, diesen Bereich als zuständiger

Fraktionssprecher zu übernehmen. Weltoffen erzogen und mit im Ausland lebender Verwandtschaft war mir das Thema nahe. Schwerpunkt aber, weil mit konkreten Vorstellungen für mich verbunden, war der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Das Engagement der evangelischen Kirchen in der DDR in Afrika und anderen Ländern der damals sogenannten „Dritten Welt“ hatte mich, aufgewachsen in einem Pfarrhaushalt, schon immer interessiert. Bis heute ist es meine feste Überzeugung, dass gerade wir in Ostdeutschland, die wir umfangreiche finanzielle, materielle, personelle und ideelle Unterstützung aus dem Westen der Republik und Europa erhalten, die moralische Verpflichtung haben, denen zu helfen, die unter ungleich schlechteren Bedingungen leben. Sei es in Osteuropa oder in den Entwicklungsländern. Endlich, so dachte ich, konnte mittels staatlicher Hilfe dort richtig was bewegt werden! Leider war dies ein Irrglaube, denn so richtig interessierte sich niemand in der Landespolitik oder gar in einer breiteren Öffentlichkeit für dieses Thema und war bereit dafür Geld auszugeben. Dies ist bis heute so geblieben. Einziger Lichtblick in diesem Zusammenhang ist das Eine-Welt-Haus in Magdeburg, welches vom Land finanziert, Gruppen, Vereinen und internationalen Freundschaftsgesellschaften ein Dach über dem Kopf und etwas Infrastruktur bietet.

Für mich blieb als inhaltliche Aufgabe die Europapolitik. Ein kaum zu durchdringendes Dickicht an Zuständigkeiten, Aufgaben und Wirkungen, komplexen Politikfeldern und sich ständig ändernden Bezeichnungen, Gremien und handelnden Personen, Sobald ich versuchte, an einer Stelle etwas tiefer in dieses Dickicht einzudringen, taten sich sofort eine Vielzahl von neuen Fragen auf. Aber im Landtag oder bei Veranstaltungen musste ich aussagefähig sein. Dabei war ich meist Einzelkämpfer. Nur einige wenige Kollegen aus der Fraktion interessierten sich ernsthaft für das Thema. Meistens wurde man belächelt oder bekam gesagt, dass man ja doch nur durch die Gegend reisen wolle. Etwas Neid war wohl auch dabei, wenn die Kollegen erfuhren, dass man in Brüssel oder Straßburg gewesen ist, während sie selbst vielleicht nach Halle, Wittenberg oder mal nach Bonn fuhren.

In der zweiten Wahlperiode des Landtages (1994-98) wurde ich Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten. Dieser wurde in der 3. Wahlperiode, wegen des Einzuges der DVU in den Landtag, der u.U. der Vorsitz zugefallen wäre, aufgelöst und dem Wirtschaftsausschuss angegliedert. Dort fand „Europa“ kaum noch statt, da die Wirtschaftsthemen alles dominierten. Seit 2002 hat der Landtag wieder einen Europausschuss, der zur 5. Wahlperiode um die Zuständigkeiten der Medienpolitik erweitert wurde.

Ein weiteres Problem ist die Langfristigkeit der Europapolitik. Als ich Mitte der 90er Jahre in der Fraktion über die Einführung des Euros einen Bericht gab, brach in der Fraktion die große Langeweile aus. Kein Mensch interessierte sich dafür, was es für Chancen und Risiken gab, wenn zum 1.1.2002 die D-Mark durch den Euro ersetzt wird. 2001 schließlich, nachdem die Medien das Thema öffentlich heiß diskutierten, fingen die kritischen Diskussionen dazu auch in der Fraktion an. Aber da war es zu spät. Alle Regelungen waren getroffen, Gesetze verabschiedet und die Europaeinführung nicht mehr aufzuhalten. Dies ist nur ein Beispiel für die Langfristigkeit, in der Europapolitiker denken müssen. Besonders bis Mitte der 90er Jahre beschäftigten uns die aktuellen Probleme und Gesetzesvorhaben in Sachsen-Anhalt so stark, dass darüber hinaus kaum Zeit und Kraft für langfristige Politiken, wie die Europapolitik blieb.

Nur langsam lernte ich die Institutionen und Gremien der EU kennen. Natürlich kannte ich das Europäische Parlament. Ulrich Stockmann, 1990 Volkskammerabgeordneter

und danach Beobachter im EP, war und ist langjähriger sozialdemokratischer Vertreter Sachsen-Anhalts in Brüssel und Straßburg.

Von 1994 bis 1998 habe ich, als Vertreter des Landtagspräsidenten, die Interessen Sachsen-Anhalts bei der „Versammlung der Regionen Europas“ (VRE) wahrgenommen, die VRE, ein freiwilliger Zusammenschluss der unterschiedlichsten Regionen aus ganz Europa bis hin nach Asien, war mein erster regelmäßiger Kontakt zu einem europäischen Gremium. Einmal jährlich trafen sich bei der Generalversammlung bis zu 400 Vertreter zum Meinungsaustausch oder zur Verabschiedung von Stellungnahmen zu aktuellen Themen. 1996 wurde ich Mitglied im „Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat (KGRE). Hier herrschte schon ein völlig anderer Arbeitsstil. Als offizielles beratendes Gremium des Europarates können alle Mitgliedsstaaten des Europarates (derzeit 46) Mitglieder entsenden. 18 deutsche Vertreter, von insgesamt 315 Mitgliedern, werden zu gleichen Teilen von den Kommunen und den Bundesländern entsandt. Die beiden jährlichen Plenartagungen in Straßburg werden durch Sitzungen der 5 ständigen Komitees ergänzt. Unterteilt ist der KGRE in eine regionale und eine kommunale Kammer.

Die effektivste Art der Mitwirkungen eines Landesvertreters auf EU-Ebene durfte ich allerdings im „Ausschuss der Regionen bei der EU“ (AdR) von 1998 bis 2006 kennen lernen. Auf Drängen der deutschen Bundesländer wurde der AdR 1992 im Vertrag von Maastricht beschlossen und 1994 gegründet. Im AdR treffen sich derzeit 317 Mitglieder aus den 25 EU-Staaten. Neben den 5 Plenartagungen in Brüssel, treffen sich die Mitglieder der 6 Fachkommissionen ebenfalls 5-mal jährlich. Damit ist zum einen ein intensiver Kontrakt und Austausch zwischen den Mitgliedern möglich und zum anderen eine, für europäische Verfahren relativ schnelle Reaktion auf aktuelle Entwicklungen möglich. Die Stellungnahmen und Veranstaltungen des AdR finden in Brüssel zunehmend Beachtung und der AdR hat sich in den letzten Jahren von einem eher belächelten zu einem ernsthaften Gesprächspartner für die EU-Kommission, das Parlament und den Ministerrat entwickelt. Einen weiteren Vorteil bietet der AdR noch: Regelmäßig finden Veranstaltungen oder Sitzungen auch außerhalb Brüssels statt. Einerseits wirbt man in der Region für Europa, andererseits kann man seine Heimatregion präsentieren. Im September 2003 ist es mir gelungen eine Sitzung der Fachkommission für „Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ nach Sachsen-Anhalt zu holen. In Tangermünde trafen sich über 100 Mitglieder und Mitarbeiter des AdR zu einer Arbeitssitzung und einem Seminar mit Vertretern aus Sachsen-Anhalt. Besuche in landwirtschaftlichen Betrieben und Einrichtungen sowie die Besichtigung von Tangermünde und Stendal hinterließen einen nachhaltigen Eindruck bei meinen Kollegen, die kaum etwas von Ostdeutschland, geschweige denn von der Altmark kannten und wussten.

Meine Arbeit in den verschiedenen Gremien fand immer, egal ob ich zur Opposition oder zur Regierungsfraktion gehörte, in enger Abstimmung mit der Landesregierung statt. Die Interessen, die ich vertrat, waren immer die des Landes Sachsen-Anhalt. Außerhalb des Landes ist es fast bedeutungslos, welcher Partei man angehört, da das Landesinteresse meist parteiübergreifend das Gleiche ist. Es hat sich in den Jahren auch gezeigt, dass sich die Europakompetenz der Landesverwaltung erheblich verbessert hat. Die ständige Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten, ob für den Bundesrat oder die EU-Gremien, in denen Landesvertreter aktiv sind, hat sich positiv bemerkbar gemacht. Dazu trägt auch bei, dass die Landesvertretung in Brüssel eine große Zahl von Praktikanten, Hospitanten und zeitweilig abgeordneten Mitarbeitern aus den

Landesministerien durchlaufen haben, die, zurückgekehrt nach Sachsen-Anhalt, praktische Erfahrungen in Brüssel sammeln konnten.

Auch wenn die Europapolitik, vor allem natürlich wegen der verfügbaren Fördermittel, inzwischen fester Bestandteil der Landespolitik ist, bleibt noch viel zu tun. In die Köpfe der Menschen muss Europa Einzug halten. Es muss uns klar werden, dass wir nur in einer starken Gemeinschaft die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft meistern können. Da darf nicht nur auf das Geld geschaut werden. Wir brauchen europäische Partner für Projekte, die die Menschen zusammenführen und Mauern in Köpfen überwinden helfen. Wir alle müssen erkennen, dass es ein friedliches Zusammenleben nur in einem politisch geeinten Europa geben kann.

„Zum 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung. 27. Januar 1946 – „Heerschau“ der halleschen Sozialdemokratie im Volkspark“

„Frisches Grün und Frühlingsblumen schmückten den großen Saal. Von den Wänden grüßten die Bilder von Marx, Engels und Bebel die Delegierten. Stürmisch begrüßt und immer wieder von Beifall unterbrochen, sprach einer der aktivsten Vertreter der Arbeitereinheit, Otto Grotewohl, so beschrieb der KPD-Funktionär Ludwig Einicke zwanzig Jahre später das Geschehen im Volkspark am 31. März 1946. An diesem Tag trat im Volkspark der Gründungsparteitag des SED-Bezirksverbandes Halle-Merseburg zusammen.

Das Haus war zwischen 1918 und 1933 gleichermaßen durch SPD, USPD und KPD genutzt worden. Es blieb für die halleschen Kommunisten wie für Sozialdemokraten ein identitätsbildender Ort, der von beiden Seiten ganz selbstverständlich mit der jeweils eigenen Symbolik in Teil-Besitz genommen wurde.

Nach dem Kriegsende 1945 knüpften beide Parteien mit großer Selbstverständlichkeit daran an. Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht nach ihrem Einzug in Halle am 1. Juli 1945 die bereits Ende April/Anfang Mai geschehenen Wiedergründungen der Parteien legalisiert hatte, nutzten Kommunisten und Sozialdemokraten den Volkspark gleichermaßen für öffentliche Parteiveranstaltungen.

Gemessen an den Mitgliederzahlen nahmen beide in Halle einen rasanten Aufschwung. Bis zum Ende des Jahres 1945 zählte die KPD in Halle etwa 6.000, die SPD etwa 7.000 Mitglieder. Zu diesem Zeitpunkt hatten beide Seiten bereits Erfahrungen miteinander und mit dem von der Besatzungsmacht gesetzten Rahmen gemacht.

Beide hatten im April 1945 übergangslos die jeweilige Weimarer Tradition wieder aufgenommen. Der Wunsch, eine Wiederholung des als historischen Fehler betrachteten „Bruderkampfes“ – so der zeitgenössische Begriff – zu vermeiden, kam in allen strategischen Überlegungen zum Ausdruck – ebenso wie die feste Überzeugung, dass eine gemeinsame Perspektive beider Linksparteien bis hin zur Beendigung der Spaltung letztlich nur als Anpassung an die jeweils eigene Ideologie möglich sein würde.

Die alten Gegensätze erwiesen sich als aktuell, grundsätzlich und unüberwindlich und sie durchzogen die programmatischen Überlegungen genauso wie den politischen Alltag. Die Sozialdemokraten mussten darüber hinaus schnell feststellen, dass die Besatzungsmacht konsequent für eine Dominanz der Kommunisten in allen Konflikten sorgte und Bündnisse gegen die KPD ausgeschlossen waren. In den Wochen zwischen Anfang November und Mitte Dezember 1945 schließlich wurden die Sozialdemokraten mit dem Konzept einer organisatorischen Fusion der Parteien zu den Bedingungen der KPD und der Besatzungsmacht konfrontiert und mit der Tatsache, dass sie die Fusion nicht würden verhindern können. Direkt nachdem eine Funktionärskonferenz für den Bezirk Halle-Merseburg den Fahrplan für die Aufgabe der eigenständigen Existenz einer sozialdemokratischen Partei öffentlich gemacht hatte, begann eine Gruppe um den Vorstand der halleschen SPD den Kreisverband auf einen geschlossenen Übergang in die Einheitspartei vorzubereiten – aber anders als die offiziellen Reden und Beschlüsse verlangten. Die Funktionäre der halleschen SPD – es gab offenbar nicht

einen einzigen Einheitsbefürworter im Vorstand –hofften auf einen Abzug der Besatzungsmächte aus Deutschland innerhalb eines überschaubaren Zeitraums. Danach rechneten sie damit, dass die SED in der Sowjetischen Besatzungszone schnell wieder zerfallen würde. Auf diesen Moment bereiteten sie sich vor.

Der spätere Mitvorsitzende des SED-Kreisverbandes Halle, Paul Riemer, hatte auf Anregung des Vordenkers der halleschen SPD, Reinhold Schönlank, bereits seit 1945 alle Mitglieder in einer gesonderten Adressliste erfasst und damit die erste Voraussetzung geschaffen.

Anfang 1946 entnahm Karl Behle, der Schatzmeister der halleschen SPD, deren Kasse einen Betrag, wahrscheinlich in Höhe von 75.000 Mark, den mehrere Funktionäre unter sich aufteilten und so vor der Übergabe an die Einheitspartei bewahrten. Nun galt es, die Parteimitgliedschaft möglichst zusammenzuhalten und zur Bewahrung der eigenen politischen Identität zu motivieren.

Hierzu diente unter anderem die Mitgliederversammlung, die der Vorstand für den 27. Januar in den großen Saal des Volksparks einberief. Schon die Versammlungsanzeige im „Volksblatt“ war bezeichnend.

„Genossinnen und Genossen! Nach 13 Jahren Unterdrückung treffen sich die halleschen Sozialdemokraten zum ersten Male wieder gemeinsam in ihrer alten Waffenschmiede zu ernstem Tun! Wer will da fehlen?“. Ein Hinweis auf die Vorbereitung der Parteifusion fehlt hier völlig.

Der Bericht im Volksblatt am folgenden Montag ließ trotz des Eingriffs der Zensur erkennen, dass etwas Unerhörtes stattgefunden hatte:

„Im Mittelpunkt der Versammlung stand die großangelegte und zukunftsweisende Rede des Genossen Reinhold, Schönlank, der nach einem historischen Überblick über die Geschehnisse der vergangenen Jahre die Aufgaben und Ziele der Partei für die kommende Zeit umriss. In fein geschliffenen Worten mit der Schärfe seiner Gedanken rührte er dabei an Problemen, die sonst unausgesprochen bleiben, und die hier vor dem Forum der halleschen Genossinnen und Genossen mit aller Offenheit erörtert und besprochen wurden.“

Ausgehend von den großen Traditionen unserer Partei, die in der entscheidenden Epoche, nach Abschluss des ersten Weltkrieges als die alleinige Partei versucht habe, das Schicksal Deutschlands entscheidend zu beeinflussen, geißelte Gen. Schönlank das Übel der Uneinigkeit in der deutschen Arbeiterschaft, das Hitler in den Sattel verhalf.

(...) Die sozialdemokratische Partei, die bereits im Jahre 1918 verhinderte, dass Deutschland zerbrach, wird in unseren Tagen ebenfalls dafür sorgen, dass alle nationalistischen und militaristischen Gedankengänge restlos abgetötet werden.

(...) auf dem Wege zum Sozialismus ist die Demokratie eine Etappe und sie ist in Wahrheit die einzige Gesellschaftsform, die die höchstentwickelte Lebensgemeinschaft ermöglicht.“

Die Wiedergabe von Schönlanks Rede wurde offenkundig zensiert. So fehlt sein von verschiedenen Zeitzeugen erinnertes, auf die sowjetische Besatzung gemünztes Hinweis“ auf Bajonetten fremder Mächte kann keine Demokratie aufgebaut werden.“ Zeugen des Geschehens berichten, dass in der Diskussion alle Redner bis auf Bruno Böttge gegen die Fusion geredet hatten. Auch die Forderung nach einer Urabstimmung wurde offenbar erhoben. Schönlank erhielt infolge dieser Rede Redeverbot, eine Maßregelung, die sich der selbstbewusste Sozialdemokrat schriftlich bestätigen ließ.

Der Ton des „Volksblatt“-Berichtes macht deutlich, dass es darum ging, die Botschaft der Mitgliederversammlung über den Teilnehmerkreis hinauszutragen. Er sollte ein Signal für den Willen sein, in der neuen Partei eigenständig fortzubestehen und die Mitglieder bestärken, die eigenen Werte selbstbewusst zu verteidigen. Wenige Tage danach bestand eine solche Möglichkeit nicht mehr. Mit der Bildung des „Organisationskomitee der einheitlichen Arbeiterpartei“, in dem im Februar das Kreissekretariat der KPD unter Otto Härtel und der Unterbezirksvorstand der SPD unter Paul Riemer zusammengeführt wurden, hörten beide Parteien organisatorisch auf zu bestehen.

Die Hoffnung der halleschen Sozialdemokraten um Paul Riemer, Reinhold Schönlink, den Leiter des Volksblatt-Verlages, Paul Mangelsdorff, den Chef der halleschen Stadtwerke Willy Bernhardt, den Rektor der Huttenschule Hugo Seidel, den Stadtschulrat Halles Edwin Bernhardt und die Gewerkschafter Georg Otten und Willi Hesse um nur einige Namen zu nennen, erfüllte sich nicht. Im Frühjahr 1947 schien es für ein paar Wochen so, als würde die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone die SPD wieder zulassen, um mehr Einfluss in den Westzonen zu bekommen. Die bereits eifrig diskutierte Perspektive zerschlug sich und im Verlauf des Sommers 1947 wurden die früheren Sozialdemokraten, die auf ihrer politischen Identität beharrten, kaltgestellt und zum Teil verhaftet. Auch Paul Riemer wurde 1947 abgelöst und floh 1948 in die Westzonen. Der aus der SPD stammende Polizeipräsident Richard Krüger hatte ihn vor seiner bevorstehenden Verhaftung gewarnt. Riemer ging nach Göttingen wo er wieder für die Gewerkschaften tätig war. Er vertrat über viele Jahre hinweg die SPD im Stadtrat von Göttingen und wurde 1974 Ehrenbürger der Stadt.

Reinhold Schönlink äußerte auch in den folgenden Jahren freimütig Kritik an der Stalinisierung der SED. Nach einer Reihe von Auseinandersetzungen wurde er 1950 aus der SED ausgeschlossen und verlor seine Position als Leiter des Referats Allgemeine Fürsorge. In seinem Ausschlussverfahren hielt er dem Vorwurf der Parteikontrollkommission entgegen, er akzeptiere die Linie der Partei nicht, „... es gibt genug Leute, die nur Schallplatten im Kopfe haben und nicht selbst denken. Ich muss selbst denken und erkennen.“

Dem Kreisvorstand der SED von 1950 gehörte keiner derer mehr an, die den 27. Januar 1946 im Volkspark organisiert hatten. Als an einem 27., dem 27. Oktober 1989, auf dem Dachboden des Hauses Steinstraße 16 sich wieder eine sozialdemokratische Partei gründete, war kein Mitglied der Gruppe um Riemer und Schönlink mehr am Leben.

Helmut Hartmann

Friedrich Polling (1818-1886) – erster Arbeiterführer in Dessau

Nach dem Wiener Kongress (1815) wenig Hoffnungen auf mehr Demokratie in Politik und Gesellschaft

Die Signale von der Französischen Revolution von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – waren in Deutschland nicht überhört worden. In Preußen zum Beispiel versuchten die Politiker von Stein und von Hardenberg u.a. Reformen einzuleiten, auf die viele Bürger schon lange gewartet hatten. In einem so genannten „Politischen Testament“ fasst der Freiherr von Stein im Dezember 1808, kurz nach seiner Entlassung als Minister des preußischen Königs, zusammen, was er unter Reformen verstand:

- Jedem Einzelnen die freie Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen,
- Sonderrechte für Fürsten und Regierende abzuschaffen,
- Auf dem Lande die Gutspolizei aufzulösen,
- Allgemeine Wehrpflicht einzuführen,
- Bei der Erziehung der Jugend innerste Grundkräfte des Menschen zu wecken,
- Ein preußisches Parlament einzurichten.

Freiherr von Stein versuchte, eine „Reform von oben“ durchzuführen, was ihm nicht gelang. Aber Freunde von ihm haben seine Gedanken und Ideen immer neu in die politische Diskussionen eingebracht besonders in der Zeit nach dem Wiener Kongress, als in Deutschland die politische Restauration auf allen Gebieten Stillstand und Lähmung herbeigeführt hatte. Als in Preußen 1840 Friedrich Wilhelm IV König wurde, erreichte die Hoffnung der Demokraten ihren Tiefpunkt.

Die „Freien Gemeinden“ oder „Lichtfreunde“

In dieser Zeit entstand in Preußen eine religiös-rationalistische Oppositionsbewegung gegen eine Regierung von „Gottes Gnaden“ und gegen eine Staatskirche, deren oberster Bischof der König war. Im anhaltischen Fürstentum war alles ähnlich verlaufen. Die Zeit des Fürsten Franz mit seinen Toleranzgedanken war längst vorbei. Darum breitete sich auch in Anhalt die religiös-rationalistische Bewegung aus. Sie nahm Gestalt an in den „Freien Gemeinden“, auch „Lichtfreunde“ genannt. In Dessau gab sich die „Freie Gemeinde“ 1950 eine Verfassung, in der es am Schluss heißt.

„Wir laden alle Gleichgesinnten ein, sich uns anzuschließen, um in Gemeinschaft den allgemeinen Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit fördern zu helfen.“

Darunter verstand man eine faire Auseinandersetzung über die Themen „Glaube und Wissenschaft“, zum Beispiel „Schöpfungsglaube und Entwicklungslehre“. Es ging ihnen aber auch um „Wahrheit und Gerechtigkeit“ im politischen Bereich. Die religiösen Vertreter in den Parlamenten von 1848 kamen fast ausschließlich aus den „Freien Gemeinden“, die sich seit 1840 besonders in der preußischen Provinz Sachsen und im Herzogtum Anhalt gebildet hatten. In Köthen versammelten sich ihre Anhänger aus dem ganzen Land zu großen Versammlungen, zu denen Pfarrer Lebrecht Ulrich einlud. Er war später als Pfarrer der „Freien Gemeinde“ in Magdeburg von 1848 – 1872 tätig. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 wurden fast alle „Freien

Gemeinden“ in Preußen und Anhalt verboten. Ihre Pfarrer wurden oft mit langjähriger Haft bestraft, wenn sie nicht vorher in die USA auswanderten. Nach 1852 gab es „Freie Gemeinden“ nur noch in Berlin und Magdeburg und Dessau. Wir wissen, dass um 1890 der junge Theologe Heinrich Peus, der in Berlin studiert hatte, in diese Gemeinden als Redner eingeladen wurde. Später wurde er einer der prominentesten Gestalten in der SPD Anhalts. Zur Dessauer „Freien Gemeinde“ gehörte Friedrich Polling mit seiner Familie.

Der „Handarbeiter“ Friedrich Polling

Im Zusammenhang mit den Ereignissen der Revolution 1948 taucht der Name Friedrich Polling zum ersten Mal in der Öffentlichkeit auf. Er war damals 30 Jahre alt und muss bei den „Handarbeitern“ (= nicht landwirtschaftliche ungelernete Gelegenheitsarbeiter) großes Ansehen genossen haben. Schon sein Vater gehörte zu den Handarbeitern. Die Handarbeiter wurden vor allem bei Straßen- und Deicharbeiten eingesetzt.

Der Sohn Friedrich (eigentlich Johann Gottfried Christian) wird nur die Armenschule besucht haben und auch keinen Beruf erlernt haben. Als er im Revolutionsjahr 1848 im Alter von 30 Jahren auftrat als Delegierter für ein Parlament, musste er doch schon das Vertrauen anderer Menschen gewonnen haben. Waren es die „Handarbeiter“ von Dessau? Wie lange war er schon für andere tätig? Wer hat den jungen Mann, der nur eine Armenschule besucht hat, befähigt, Reden zu halten, Aufrufe zu formulieren, als Persönlichkeit sich durchzusetzen?

Als Familienvater war er für eine Großfamilie mit vielen Kindern verantwortlich. Er hat mit eigenen Händen in der Steneschen Straße Nr. 21 für seine Familie ein Haus gebaut, das er später wegen finanzieller Sorgen wieder aufgeben musste. Er hat sich als Ziegelbrenner versucht, ist aber auf keinen grünen Zweig gekommen. Im zunehmenden Alter hat er an Asthma gelitten.

Gründung des ersten Arbeitervereins in Dessau

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden auch in Dessau Industriebetriebe, die an festen Anstellungen ihrer Arbeiter interessiert waren. Mit dem Arbeiterverein, den Friedrich Polling 1948 in Dessau gründete, wollte er die Interessen dieser Fabrikarbeiter und der „Handarbeiter“ vertreten. Als Präsident des Arbeitervereins war er verantwortlich, „Die Verhältnisse der Arbeiter möglichst zu verbessern und deren Sittlichkeit und Bildung zu befördern. Um aber der traurigen Lage der Arbeiter etwas aufzuhellen, treten sämtlich gesunden Mitglieder zu einer Krankenkasse zusammen.“

Die Tätigkeit des Arbeitervereins beschränkte sich nicht auf rein fürsorgliche Tätigkeit. Am 25. September 1849 verhandelte der Dessauer Arbeiterverein im Namen von 389 Mitgliedern mit der Regierung über die Bildung von Arbeiterkommissionen, die in jeder Stadt des Herzogtums entstehen sollten. Diese Kommissionen sollen „der Verarmung des Arbeiterstands entgegenreten und sollen für die Arbeiter möglichst ausreichende Nahrungsquellen durch einträgliche und nützliche Arbeiten schaffen. Ferner sollten sie solche Vereine unter den Arbeitern gründen, die, wie Sparvereine, Krankenhilfsvereine, Sterbekassen, Witwen- und Waisenkassen, den Zweck haben, den Arbeiterstand zu heben und vor Mängel zu sichern.“ Zur Erfüllung dieser Forderungen ist es nicht gekommen, weil die Verfassungsurkunde 1848 bald durch eine neue reaktionäre Verfassung ersetzt wurde.

Schon im Jahr 1853 wurde Polling die Leitung des Dessauer Arbeiterbüros entzogen, obgleich in Dessau bekannt war, dass Polling durch sein energisches Auftreten 1848 einen Gewaltausbruch verhindert hatte. 1854 wurden alle Vereine mit politischen Zielen in Anhalt verboten. Friedrich Polling aber blieb mit den Handarbeitern und Industriearbeitern aufs engste verbunden, erlitt wie sie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut, verfolgte dabei aber aufmerksam alles, was in Deutschland sich ereignete.

Die beiden Arbeiterparteien:

„Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ (ADAV), Leipzig 1863
„Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP), Eisenach 1869

Von der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ am 23. Mai 1863 in Leipzig muss Friedrich Polling tief beeindruckt gewesen sein. Er hat in dieser Organisation voller Überzeugung mitgearbeitet, ist bis in den Vorstand aufgestiegen und kam auf diese Weise mit bekannten Arbeiterführern wie Wilhelm Bracke (Braunschweig), Julius Bremer (Magdeburg), Theodor York (Harburg) und Friedrich Wilhelm Fritzsche (Leipzig) persönlich in Verbindung.

Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 wurde die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Wahlen zum Reichstag beschlossen. Das war ein großer Schritt nach vorn, wenn auch die Frauen immer noch ausgeschlossen waren. Es wurde jetzt auch möglich, politische Vereine neu zu gründen. So entstand der Dessauer Arbeiterverein zum zweiten Mal, mit enger Einbindung in den ADAV, zu dessen Vorstand Polling gehörte. Er gründete noch weitere Arbeitervereine in Anhalt, inspirierte die ersten Gewerkschaftsvereine (= Gewerkschaften) in Dessau (1868), trat gegen das Bildungsprivileg auf und forderte Schulgeldfreiheit für die Kinder aus armen Familien. Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation bildeten sich in Dessau mehrere Verbände.

- Allgemeiner deutsche Zimmererverband,
- Allgemeiner deutscher Maurerverband,
- Allgemeiner deutscher Schuhmacherverband,
- Allgemeine deutsche Manufaktur-Arbeiterschaft,

In den Gewerkschaftsgruppen in Dessau entfaltete sich ein reges Leben. Man verfolgte mit immer mehr Interesse die Streiks und die Arbeitskämpfe in anderen deutschen Ländern. Polling hält Vorträge zu aktuellen Fragen der Arbeiterschaft. Lassalle galt auch nach seinem Tod immer noch als die große Leitfigur für die Arbeiterschaft. Bis 1868 gibt es auch von Polling Gedichte und Lieder, in denen er Lassalle feiert.

Im Gedicht „Zum neuen Jahr 1869“ hört das auf einmal auf. Polling spricht von der Schwere des Kampfes:

„Gefängnis-, Geld- und viele andere Strafen,
Verhetzung, Druck vom großen Kapital,
Man will uns machen zu geduld'gen Schafen,
zu stillen Trägern aller Not und Qual.“

An anderer Stelle wendet er sich an seine „treuen Mitarbeiter“:

„Euch möge, die ihr tragt die Dornenkronen,
des Leidens für den Proletarierbund,
der Brüder Eifer für die Sache lohnen,
die laut verkündet ward durch euren Mund.
Ja, eure Namen werden eingetragen
Im Pantheon, der Arbeit heil'gem Buch.
Dort werden sie durch alle Zeiten sagen:
Das waren Männer ohne Falsch und Trug.“

Diese Verse lassen Pollings religiöse Herkunft erkennen. Wann er aus der „Freien Gemeinde“ ausgetreten ist, konnte ich bisher nicht feststellen. Seine Frau soll in der Gemeinde verblieben sein. Es soll auch unter den Arbeitern vereinzelt Missmut entstanden sein wegen des Austritts ihres Arbeiterführers aus der „Freien Gemeinde“.

Aus der Landeskirche mit ihrer engen Bindung an das Herzoghaus waren zu dieser Zeit schon mehrere Arbeiterführer ausgetreten. Nach mündlicher Überlieferung soll der Dessauer Fürst dem Friedrich Polling eine Staatsstellung angeboten haben. Polling soll das Angebot abgelehnt haben mit der Begründung, dass er gewillt sei, sein Leben der Sorge für die Arbeiter zu widmen.

Im ADAV erlebte Polling, wie sich eine Oppositionsbewegung bildete, die schließlich auch ihn mit hineinzog. Er wurde Mitunterzeichner des Aufrufs für den Eisenacher Kongress im August 1869 und zog durch die preußische Provinz Sachsen und durch Anhalt und warb für diesen Kongress.

In Eisenach fiel Friedrich Polling dadurch auf, dass er forderte, im Namen der Partei müsse unbedingt das Wort „Arbeiter“ vorkommen. Die Mehrheit des Kongresses wollte eine „Sozialdemokratische Partei“ gründen. Aber mit Hilfe guter Freunde setzte Polling es durch, dass die neue Partei den Namen erhielt „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP).

In der Arbeiterbewegung Deutschlands hat sich Friedrich Polling Anerkennung verschafft. Aber in Dessau hat man ihm verübelt, dass er sich von dem Lassallemythos verabschiedet hat und für die neuen Führer der Arbeiterbewegung Wilhelm Liebknecht und August Bebel eintritt. Anhalt hat noch lange die Anhänger Lassalles unterstützt.

Neue Herausforderungen durch den deutsch-französischen Krieg

Bei der Kriegskreditfrage 1870 votierten beide Arbeiterparteien dafür, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, zwei Prominente von der Eisenacher SDAP enthielten sich der Stimme. Es wurde darüber gestritten, ob dieser Krieg ein Verteidigungskrieg war oder ob er der Annexion von Elsass-Lothringen diene. Als der Krieg weiter geführt wurde, auch nach der Abdankung des Kaisers Napoleon III. erklärten beide Arbeiterparteien Deutschlands sich gegen die Weiterführung des Krieges. Sie protestierten dagegen, dass deutsche Truppen den Aufstand der „Pariser Kommune“ mit äußerster Brutalität niedergeschlagen haben. August Bebel hielt seine berühmte Rede vor dem Reichstag: „Es werden nur wenige Jahrzehnte vergehen und dann wird der Schlachtruf der Pariser Kommune in allen Ländern Europas erschallen: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang!“

Die Sozialistengesetze 1878-1890

Der Gothaer Einigungsparteitag im Mai 1875 hat viele Missverständnisse und Unsicherheiten ausgeräumt und auch in Dessau die Spaltung zwischen den Parteigängern Lassalles und Bebels beendet. Friedrich Polling bekam in Dessau Ansehen und Anerkennung zurück. Im Vorstand der in Gotha vereinigten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands fand auch Polling seinen Platz. Er galt als der prominenteste Vertreter der Arbeiter in Dessau von 1848-1886, dem auch eine letzte Bewährungsprobe nicht erspart blieb, 8 Jahre Illegalität als Sozialdemokrat bei ständiger Beobachtung durch den Geheimdienst bis zu seinem Tod. Bismarck hat später bekannt, dass er bereits 1871 während der Reichstagsrede Bebels „Krieg den Palästen und Friede den Hütten“ beschlossen habe, die Sozialdemokratische Partei zu verbieten. 1878 war es soweit. Zwölf Jahre sollte die neue dunkle Zeit dauern.

Schon vor dem Verbot der SPD war es um Friedrich Polling ruhiger geworden. Alter, Krankheit, wirtschaftliche Sorgen um die Familie haben bewirkt, dass Polling sich zurücknehmen musste. Seine Auftritte in der Gesellschaft wurden seltener, seine Teilnahme an Leitungssitzungen musste er einschränken.

Am 1. August 1886 ist Friedrich Polling in seiner Wohnung Bauhofstraße 13 verstorben. „Nach langem Leiden“ – heißt es in der Todesanzeige. Am 3. August 1886 um 18.00 Uhr zog sich ein langer Trauerzug durch die Stadt von der Bauhofstraße 13 bis zum damaligen Friedhof II, dem heutigen Pollingpark. 1000 Trauergäste sollen es gewesen sein. Das war ein mutiges und hoffnungsvolles Bekenntnis zum Sieg ihrer gerechten Ziele.

*Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass unser lieber Vater, , Großvater und Schwiegervater Friedrich Polling, heute Morgen 3.00 Uhr nach langen Leiden plötzlich entschlafen ist.
Dessau, 1. August 1886.*

***Die trauernden Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet Dienstag Nachmittag 6 Uhr
Vom Trauerhause, Bauhoffstraße 13, aus statt.*

Vier Jahre später wird es Wirklichkeit. Die Arbeiterpartei kann wieder legal arbeiten. Und für Anhalt steht schon wieder ein junger Mann bereit, ein studierter Theologe aus Berlin, der wie Friederich Polling auch über die „Freien Gemeinden“ den Weg zur SPD findet. Von 1892 bis 1933 wird HeinrichPeus maßgeblich in Dessau und Anhalt den Weg der SPD bestimmen.

Friedrich Polling, der Dichter und Sänger unter den Genossen, soll das letzte Wort bekommen. In einem Gedicht „Der letzte Demokrat“ heißt es in den letzten Versen:

„Wer Recht, Gesetz will aufrecht halten
Für arm und reich, für groß und klein;
wer, wenn willkürlich Große schalten,
fährt gleich dem Blitz für andre drein,
wer fremdes Recht schirmt durch die Tat,
der ist ein echter Demokrat.

Wer so für Freiheit, Einheit, Glauben,

Religion kann treten ein;
Wer sein Vertraun sich nicht lässt rauben
Auf Menschenwert und edles Sein,
Wer Guts dem Fein statt Böses tat,
Der ist ein edler Demokrat.“

Literatur:

Jörn Brederlow, „Lichtfreunde“ und „Freie Gemeinden“. – Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49, Studien zur modernen Geschichte, **R. Oldenburg Verlag, München/Wien 1976**

Dr. Hans Harksen, Die Anfänge der Dessauer Arbeiterbewegung. Dessauer Kalender 1958

Werner Grossert, Friedrich Polling und der Eisenacher Kongress 1869. Dessauer Kalender 1969

Werner Grossert, Friedrich Polling und die Dessauer Arbeiterbewegung –Zum 100. Todestag. Dessauer Kalender 1986

Landesparteitage und Landesvorstände ab 1990

1990 – 1992

Landesparteitag in Quedlinburg, 25./26.08.1990
(Wahl Landesvorstand9)

Landesparteitag in Leuna 03.1991
(Leunaer Thesen)

Landesvorsitzender:	Dr. Rüdiger Fikentscher	Halle
StellvertreterInnen:	Ute Fischer Dr. Reinhard Höppner Dr. Wolfram Schöll	Leuna Magdeburg Köthen
Schatzmeister:	Christina Begenau	Halle/Neustadt
Geschäftsführer:	Peter Mart	Helmstedt
Beisitzer:	Matthias Gabriel Dr. Egbert Gueinzus Ingrid Häußler Petra Hoffmann Dr. Gerlinde Kuppe Dr. Uwe Nehler Regine Niemann Dr. Wilhelm Polte Hermann Quien Dr. Walter Schindel Martin Schindler Tilman Tögel	Halberstadt Wolfen Halle/Neustadt Halle Halle Ammensleben Domersleben Magdeburg Weißenfels Magdeburg Wanzleben Uchtspringe
Landesparteirat:	Detlev Lehmann	

1992-1994

Landesparteitag in Dessau, 17./18.10.1992
(Wahl Landesvorstand)

Landesparteitag in Magdeburg 10./11.09.1993
(Landtagswahlprogramm und Spitzenkandidat)

Landesparteitag in Halle 25./26.03.1994
(Landeslisten zur Landtagswahl und Bundestagswahl)

Landesparteitag in Magdeburg, 16.07.1994
(Koalitionsvertrag)

Landesvorsitzender:	Dr. Rüdiger Fikentscher	Halle
StellvertreterInnen:	Ute Fischer Ingrid Häußler Dr. Reinhard Höppner	Leuna Halle/Neustadt Magdeburg
Schatzmeister:	Friedrich Kolbitz	Wittenberg
Geschäftsführer.	Peter Mart	Helmstedt
Beisitzer:	Frank Bogisch Matthias Gabriel Dagmar Heinrich Sabine Kaspereit Dr. Gerlinde Kuppe Lutz Kühn Dr. Wilhelm Polte Dr. Manfred Püchel Wolfgang Schäfer Regina Schulze Katrín Steffens Tilman Tögel	Gräfenstuhl Halberstadt Staßfurt Wengelsdorf Halle Naumburg Magdeburg Etgersleben Bitterfeld Heeren Genthin Uchtspringe
Landesparteirat:	Detlev Lehmann	

1994-1996

Landesparteitag in Bernburg 18./19.11.1994

(Wahl Landesvorstand)

Landesvorsitzender:	Dr. Rüdiger Fikentscher	Halle
StellvertreterInnen:	Ute Fischer Ingrid Häußler Dr. Reinhard Höppner	Leuna Halle/Neustadt Magdeburg
Schatzmeister:	Friedrich Kolbitz	Wittenberg
Geschäftsführer:	Peter Mart	Helmstedt
Beisitzer:	Ingeborg Arnold Frank Bogisch Katrín Budde Roman Dütsch Matthias Gabriel Prof. Dr. Michael Kausch Dr. Gerlinde Kuppe Dr. Wilhelm Polte Dr. Manfred Püchel Ulrich Stockmann Birgit Voigt Waltraud Wolff	Dessau Gräfenstuhl Magdeburg Halle Halberstadt Wienrode Halle Magdeburg Etgersleben Naumburg Quedlinburg Zielitz
Vorsitzender LPR	Dr. Peter Sterzenbach	

1996-1998

Landesparteitag in Salzwedel 15./16.11.1996

(Wahl Landesvortand)

Landesparteitag in Halle 30./31.01.1998

(Wahlprogramm und Landeslisten zur Landtags- und Bundestagswahl)

Landesparteitag in Magdeburg 24.05.1998

(Votum zur Regierungsbildung)

Landesvorsitzender,;	Dr. Rüdiger Fikentscher	Halle
StellvertreterInnen:	Ute Fischer Ingrid Häußler Dr. Reinhard Höppner	Leuna Halle/Neustadt Magdeburg
Schatzmeister:	Friedrich Kolbitz	Wittenberg
Landesgeschäftsführer Ab 1.1.1997	Peter Mart Lothar Tautz	Helmstedt Magdeburg
Beisitzer:	Frank Bogisch Katrín Budde Roman Dütsch Matthias Gabriel Dr. Gerlinde Kuppe Sandra Nittner Dr. Wilhelm Polte Dr. Manfred Püchel Wolfgang Schaefer Ulrich Stockmann Eva-Maria Weiß Waltraud Wolff	Gräfenstuhl Magdeburg Halle Halberstadt Halle Aschersleben Magdeburg Etgersleben Bitterfeld Naumburg Quedlinburg Zielitz
Vorsitzende LPR	Elke Fenger-Schwindack	

1998-2000

Landesparteitag in Staßfurt 06./07.11.1998

(Wahl Landesvorstand)

Landesvorsitzender:	Dr. Rüdiger Fikentscher	Halle
StellvertreterInnen.	Katrin Budde Dr. Reinhard Höppner Helmut Rommel	Magdeburg Magdeburg Aken
Schatzmeister:	Wolfgang Schaefer	Bitterfeld
Landesgeschäftsführer: Ab 1.1.1999	Lothar Tautz Susi Möbbeck	Magdeburg Walbeck
Beisitzer:	Ingrid Häußler Holger Hövelmann Ute Fischer Matthias Gabriel Dr. Gerlinde Kuppe Peter Oleikiewitz Hans-Jürgen Ostermann Dr. Manfred Püchel Ines Schubert Astrid Sottmann Ulrich Stockmann Markus Turre Waltraud Wolff	Halle/Neustadt Zerbst Leuna Halberstadt Halle Dodendorf Salzwedel Etgersleben Tangerhütte Wittenberg Naumburg Merseburg Zielitz
Vorsitzende LPR	Elke Fenger-Schwindack Ab 20.03.1999 Dagmar Szabados	

2000-2002

**Landesparteitag in Ilsenburg 03./4.11.2000
(Wahl Landesvorstand)**

**Landesparteitag in Halle 25./26.01.2002
(Wahlprogramm und Landeslisten zur Landtags- und Bundestagswahl)**

Landesvorsitzender:	Dr. Rüdiger Fikentscher	Halle
StellvertreterInnen:	Katrin Budde Dr. Reinhard Höppner Dr. Manfred Püchel	Magdeburg Magdeburg Etgersleben
Schatzmeister:	Wolfgang Schaefer	Bitterfeld
GeschäftsführerIn:	Susi Möbbeck	Walbeck
Beisitzer:	Frank Bayer Dr. Steffen Eichner Petra Grimm-Benne Ingrid Häußler Holger Hövelmann Dr. Gerlinde Kuppe Peter Oleikiewitz Ines Schubert Falk Sickmann Astrid Sottmann (später Eltner) Ulrich Stockmann Waltraud Wolff	Helbra Merseburg Schönebeck Halle Zerbst Halle Dodendorf Tangerhütte Stendal Wittenberg Naumburg Zielitz
Landesparteirat:	Dagmar Szabados	Halle

2002-2004

**Landesparteitag in Bernburg 12.05.2002
(Wahl Landesvorstand)**

**Landesparteitag in Dessau, 16.11.2002
(Wahl der Gremien des Landesverbandes)**

**Delegiertenversammlung Magdeburg 24.10.2003
(Kandidaten zur Europawahl)**

**Landesparteitag in Burg 08.11.2003
(Kommunalpolitische Leitlinien)**

Landesvorsitzender:	Dr. Manfred Püchel	Etgersleben
StellvertreterInnen:	Christel Riemann-Hanewinckel Holger Hövelmann Peter Oleikiewitz	Halle Zerbst Dodendorf
Schatzmeister:	Dr. Wolfgang Eichler	Halle
Geschäftsführer:	Susi Möbbeck	Walbeck
Beisitzer:	Katrin Budde Dr. Steffen Eichner Ingrid Häußler Johann-Konrad Keller Christine Kuhn Annette Leppinger Marko Mühlstein Inka-Ulrike Pläßmann Corinna Reinecke Silke Schindler Bernhard Sterz Ulrich Stockmann	Magdeburg Merseburg Halle Magdeburg Magdeburg Halberstadt Stendal Glindenberg Kemberg Wanzleben Burg Naumburg
Landesparteirat:	Dagmar Szabados	Halle

2004-2006

**Landesparteitag in Aschersleben, 29./30.10.2004
(Wahl Landesvorstand)**

**Landesparteitag in Magdeburg, 09.07.2005
(Landesliste zur Bundestagswahl)**

**Landesparteitag in Halle, 14.1.2006
(Wahlprogramm und Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl)**

**Landesparteitag in Magdeburg, 21.04.2006
(Koalitionsvertrag)**

Landesvorsitzender:	Holger Hövelmann	Zerbst
StellvertreterInnen:	Rüdiger Erben Klaas Hübner Gerhard Miesterfeldt	Weißenfels Neugattersleben Halberstadt
Schatzmeister:	Dr. Wolfgang Eichler	Halle
Geschäftsführerin:	Susi Möbbeck	Walbeck
Beisitzer:	Katrin Budde Prof. Dr. Andreas Geiger Petra Grimm-Benne Ingrid Häußler Sabine Kaspereit Marko Mühlstein Dr. Manfred Püchel Corinna Reinecke Silke Schindler Bernhard Sterz Ulrich Stockmann Waltraud Wolff	Magdeburg Magdeburg Schönebeck Halle Merseburg Stendal Etgesleben Kemberg Wanzleben Burg Naumburg Zielitz
Landesparteirat:	Dagmar Szabados	Halle